
Überlieferungsbildung im Verbund?

Staatliche und nichtstaatliche Überlieferung zu Flüchtlingen und Vertriebenen

Transferarbeit im Rahmen des Archivreferendariats

Archivschule Marburg
40. Wissenschaftlicher Kurs

Tübingen, den 28. März 2007

Johannes Grützmacher
Dieselstraße 21
72074 Tübingen

Inhaltsverzeichnis

1 Vorhaben.....	3
2 Archivtheoretische Vorüberlegungen.....	3
2.1 Staatliches und nichtstaatliches Archivgut.....	3
2.2 Überlieferungsbildung im Verbund.....	6
3 Die Überlieferung zu Flüchtlingen und Vertriebenen.....	8
3.1 Staatliche und kommunale Akteure bei der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen.....	8
3.2 Abbildqualität staatlicher und kommunaler Überlieferung.....	10
3.3 Kirchliche Überlieferung.....	13
3.4 Verbände und Organisationen.....	15
3.4.1 Abbildqualität der Überlieferung nichtöffentlicher Stellen.....	16
3.5 Dokumentationsstellen.....	18
3.6 Kompensation von Überlieferungslücken.....	20
3.6.1 Flucht und Vertreibung als Erinnerungsort.....	20
3.6.2 Traditionsbildung und Heimatstuben.....	20
3.7 Archivische Überlieferungspolitik – thematische Arbeit?.....	21
3.8 Zwischenbilanz.....	22
3.9 Seitenblick: Überlieferung von Arbeitsmigranten.....	23
4 Schritte zu einer Überlieferungsbildung im Verbund.....	25
4.1 Infrastrukturelle Voraussetzungen.....	25
4.2 Bündelung und Delegation von Aktivitäten.....	26
4.3 Identifikation von Schriftgutproduzenten.....	26
4.4 Identifikation beteiligter Archive und Dokumentationsstellen.....	27
4.5 Archivpflege.....	28
4.6 Kontakt zur Forschung.....	28
4.7 Projektorientiertes Arbeiten.....	29
4.8 Überlieferungsbildung im Verbund als archivarische Haltung.....	30
4.9 Grenzen der Überlieferungsbildung.....	30
5 Quellen.....	31
5.1 Gespräche und Archivbesuche.....	31
5.2 Verwendete Literatur.....	31
6 Abkürzungsverzeichnis.....	40

1 Vorhaben

Die vorliegende Arbeit will die theoretische Forderung nach einer „Überlieferungsbildung im Verbund“ auf ein konkretes Feld beziehen, auf die Überlieferungsbildung zu Flüchtlingen und Vertriebenen.¹ Nach einer archivtheoretischen Herleitung der ÜiV soll zunächst ein theoretisches Problemfeld – die Auswahl von Themen und themenbezogenes archivisches Arbeiten – behandelt werden.

In einem nächsten Abschnitt geht es darum, die Überlieferungslandschaft zu Vertriebenen evaluierend zu skizzieren: Welche Akteure und Archive gibt es mit welcher Überlieferung? Wie ist die staatliche und kommunale Überlieferung zu kennzeichnen, welche Lücken weist sie auf? Welche Ergänzungsüberlieferung kommt in Frage? Welche Probleme, Besonderheiten und Chancen charakterisieren die Überlieferung in diesem Bereich? Ein kurzer Blick auf die Überlieferung zu Arbeitsmigranten soll deutlich machen, wo sich in anderen Feldern u.U. andere Probleme ergeben könnten.

Dabei will ich mich im Wesentlichen auf Baden-Württemberg beschränken; auch dort konnte ich nur stichprobenartig vorgehen. Als kommunale Beispiele habe ich aus arbeitsökonomischen wie sachlichen Gründen (hoher Anteil an Vertriebenen und Arbeitsmigranten, gut besetzte Archive) Esslingen und Reutlingen ausgewählt. Schließlich will ich – ausgehend von den dabei gemachten Beobachtungen und mit gelegentlichen Hinweisen auf eine Realisierung – neun Schritte vorstellen, die bei ÜiV grundsätzlich zu beachten sind. Sie sollen eine Umsetzung des Konzepts in die Praxis erleichtern.

Die vorliegende Arbeit stellt damit eine Studie mittlerer Reichweite dar. Sie will das bislang noch recht abstrakt gebliebene Makro-Konzept der ÜiV an ein konkretes Überlieferungsfeld rückbinden und so praxisrelevante Überlegungen zu seiner archivischen Handhabbarkeit anstellen. Es ist im gegenwärtigen Stadium der Diskussion noch wenig ertragreich, Mikrountersuchungen zum Verhältnis von staatlicher und nichtstaatlicher Überlieferung anzustellen (das wäre ohnehin sehr vom Überlieferungsfeld abhängig und deshalb eher eine Frage für die historische Forschung) oder ein detailliertes Bewertungsmodell „Vertriebene“ vorzulegen – das wäre im gegebenen Rahmen auch zu umfangreich.

Jedes Überlieferungsfeld wird seine eigene Vorgehensweise und seine eigenen Akteure erfordern, aber grundlegende Schritte auf dem Weg zu einer archivischen Praxis der ÜiV lassen sich übertragen. Dazu will die vorliegende Arbeit einen Beitrag leisten.

2 Archivtheoretische Vorüberlegungen

2.1 Staatliches und nichtstaatliches Archivgut

Die lebhafteste Bewertungsdiskussion der letzten Jahre fand ihre deutlichste Zuspitzung in der Auseinandersetzung um eine Priorisierung des „Evidenzwerts“, deren Vertreter eine eng geführte und möglichst neutral und mit objektiven Kriterien gewonnene behördliche Überlieferung anstrebten, und der des „Informationswerts“ von Akten, deren Vertreter inhaltliche Kriterien – auch unabhängig vom behördlichen Kontext – als für die Überlieferungsbildung relevant herausstrichen.²

Eine solche kontrastive Opposition von Evidenzwert und Informationswert könnte heute als fehlgeleitete Rezeption Theodore Schellenbergs ad acta gelegt werden. Vermittelnde Positionen haben sich

¹ Im Folgenden wird meist von „Vertriebenen“ gesprochen. Dieser Begriff orientiert sich an § 1 BVFG. Rechtlich umfasst er die SBZ-/DDR-Flüchtlinge (§ 3 BVFG) nicht. Für die Vorgeschichte der Migranten spielt ihre Herkunft natürlich eine wichtige Rolle, allerdings ist der Unterschied Vertriebener/Flüchtling nicht unbedingt größer als der zwischen Ostpreußen und Banater Schwaben. Für rechtliche Fragen, etwa beim Lastenausgleich, ist er ebenfalls relevant. Für die konkrete Aufnahmesituation aber zunächst nicht. Die Leute waren da und mussten versorgt werden, egal woher. Auch die einheimische Bevölkerung sah die Ankömmlinge meist unterschiedslos als „Flüchtlinge“. Auch in den Akten selbst wird die korrekte Terminologie meist nicht eingehalten. Das liegt u.a. daran, dass die Aktenpläne entsprechende Rubriken meist nicht kannten.

² Evidenzwert wird definiert als „Aussagekraft von Unterlagen über Abläufe und Verfahren in der Ursprungsstelle anhand von nicht geplanten formalen Merkmalen sowie von Verfügungen und Vermerken“, Informationswert als „Aussagewert von Archivgut über Fakten zu Personen, Orten und Ereignissen, die Gegenstand von Verwaltungshandeln geworden waren“ (Menne-Haritz 2000).

einstweilen durchgesetzt.³ Komplexe Bewertungsmethoden und -modelle, wie sie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen oder mit der horizontalen und vertikalen Bewertung in Baden-Württemberg erprobt werden, versuchen, die Orientierung an behördlichen Provenienzen mit inhaltlichen Kriterien zu verbinden, um zu einer ausgewogenen Bewertung zu kommen.⁴ Diese Modelle bewegen sich allerdings noch stets im behördlichen Bereich.

Daneben hat sich aber auch ein Strang des Bewertungsdiskurses entwickelt, der sich ähnlicher Argumentationsmuster bedient, bis heute aber weniger aufgearbeitet ist: die Diskussion um nichtstaatliche Überlieferung. Diesbezüglich „bestehen immer noch die größten Defizite bei der Überlieferungsbildung aus globaler Sicht“⁵. Die Frage, inwieweit staatliche und kommunale Archive Unterlagen nichtöffentlicher Provenienz übernehmen sollen, ist an sich nicht neu. Spätestens seit dem 19. Jahrhundert legten Archive auch Sammlungen an und übernahmen Nachlässe. Einen besonderen Impuls verlieh der Diskussion die 1972 von Hans Booms erhobene Forderung nach gesamtgesellschaftlicher Dokumentation des öffentlichen Lebens – der Praxis jedoch kaum.⁶

Knapper werdende Ressourcen haben den Druck auf die Archive verstärkt, sich für die Verwendung ihrer Mittel zu rechtfertigen. Die „Rückbesinnung auf archivische Kernaufgaben“ scheint nun das Gebot der Stunde – was aber zu diesen Kernaufgaben gehört, ist umstritten. Ratsam ist dabei zunächst die Orientierung an den rechtlichen Grundlagen der Archivtätigkeit.⁷ Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass das Archivrecht der Bildung einer behördlichen Überlieferung in den Archivgesetzen eine höhere Priorität einräumt als der Übernahme privater Dokumente.⁸ Dennoch ist die Möglichkeit einer Übernahme letzterer in allen Archivgesetzen gegeben, eine Verpflichtung dazu jedoch in keinem Fall.⁹ Die Archivgesetze sehen in den meisten Fällen eine Bindung an ein „öffentliches Interesse“ vor, in Hessen (§ 7 Abs. 2 HArchivG) und Thüringen (§ 7 Abs. 1 S. 3 ThürArchivG) sogar an ein „besonderes öffentliches Interesse“.¹⁰ Zwar gilt: „Berufene Interpretin dieses Interesses ist die Archivverwaltung selbst“¹¹, doch enthält die Bestimmung einen Appell zur Mäßigung. Klare Richtlinien für die Ausgestaltung dieses unbestimmten Rechtsbegriffs gibt es nicht. Man hat aus der den Archivgesetzen innewohnenden Priorisierung bei der Übernahme die Notwendigkeit gefolgert, den statischen Begriff der (absoluten) Archivwürdigkeit zugunsten eines gestuften Wertigkeitsbegriffs aufzugeben.¹²

Andererseits gehört die Bildung von Überlieferung aus nichtstaatlichen Unterlagen auch zu dem von den Archivgesetzen abgesteckten Rahmen des öffentlichen Auftrags für die Archive. Übernommenes nichtstaatliches Material ist auch aus rechtlicher Sicht Archivgut.¹³ Insofern ist Ragna Boden zuzustimmen, wenn sie resümiert: „Als 'Kerngeschäft' ließe sich so – auf der Grundlage der Behördenbetreuung – die Schaffung, Betreuung und Zugänglichmachung einer aussagekräftigen Überlieferung aus staatlicher und nichtstaatlicher Provenienz beschreiben.“¹⁴

Einige plädieren angesichts der rechtlichen Situation und der knappen Ressourcenausstattung dafür, dass staatliche Archive sich (bis auf Weiteres) im Wesentlichen auf staatliches Archivgut zu beschränken hätten – allenfalls könnten sie für die Eigenarchivierung privater Registraturbildner beratend tätig

³ Zur Bewertungsdiskussion vgl. Uhl 1994; Kretzschmar 1999; Schockenhoff 1999; Kretzschmar 2005a.

⁴ Vgl. hierzu Schäfer 2002; Treffeisen 2003.

⁵ Kretzschmar 2000. Ähnlich auch von Looz-Corswarem 1997: 155f.; Craig 2001: 176.

⁶ Vgl. Booms 1972 und – selbstkritisch – Booms 1999 (im Original 1992).

⁷ Vgl. hierzu grundsätzlich Günther 1996; Boden 2006: 7f. Außerdem befasst sich mein Kollege Martin Schlemmer derzeit mit den rechtlichen Implikationen einer ÜiV.

⁸ Vgl. z.B. Bischoff 2005: 257. Ich will hier die verschiedenen rechtlichen Zwischenstufen zur Übernahme von kommunalem Schriftgut bzw. von Schriftgut öffentlicher Körperschaften außen vor lassen. Vgl. hierzu Günther 1996: Teil II.

⁹ Vgl. hierzu die Aufzählung bei Günther 1996: 48f. Dazu kommen inzwischen die Archivgesetze von Mecklenburg-Vorpommern (§ 5 LArchivG M-V) und Sachsen-Anhalt (§ 5 sowie § 7 Abs. 2 ArchG-LSA).

¹⁰ In den Archivgesetzen von Brandenburg, Bremen, Sachsen und Schleswig-Holstein fehlt eine solche Einschränkung. Das Bundesarchiv thematisiert diese Frage nur am Rande im Unterlagenbegriff (§ 2 Abs. 8 BArchG) und indirekt über die Nutzungsregelung (§ 5 Abs. 1 BArchG).

¹¹ Günther 1996: 50.

¹² So Kretzschmar 1998: 55 und 68; Bischoff 2005: 271ff.

¹³ Vgl. Boden 2006: 6.

¹⁴ Boden 2006: 8. Ähnlich Kretzschmar 2006b.

werden.¹⁵ Dem ist von anderer Seite heftig widersprochen worden. Verschiedene Argumente lassen sich für eine ergänzende nichtbehördliche Überlieferung ins Feld führen:

1. allgemein geringer Informationswert von Verwaltungsakten¹⁶
2. Verlagerung von Entscheidungen auf nichtschriftliche Felder: Telefongespräche, informelle Runden usw.
3. Deregulierung, Globalisierung und Privatisierung bzw. Vergesellschaftung staatlicher Aufgaben:¹⁷ Ein besonderes Problem stellen dabei wechselnde Zuständigkeiten dar, die sich nicht nur innerhalb der Behördenlandschaft horizontal wie vertikal bewegen, sondern auch aus dem staatlichen Bereich ganz oder zu Teilen in private Bereiche oder in eine halbstaatliche Grauzone wandern können.¹⁸
4. „etatistischer“ *bias*: Behördenunterlagen können nur den staatlichen bzw. kommunalen Blick auf gesellschaftliche Prozesse und politische Entscheidungen abbilden. Gesellschaftliche Pluralität reduziert sich auf die Kategorien des Staates.¹⁹
5. potentiell hohe Informationsdichte und Anschaulichkeit nichtstaatlicher Überlieferung, mögliche Einsicht in die Verflechtung von Öffentlichem und Privatem²⁰
6. Verschiebung der Interessenlage der Forschung „von der Ebene staatlichen Entscheidungshandelns auf dessen Wirkungsmechanismen im gesellschaftlichen Bereich“²¹
7. hohe Nutzungsfrequenz nichtstaatlicher Unterlagen: Dass solche Unterlagen relativ häufig genutzt werden, wird jedenfalls immer wieder behauptet; eine Quantifizierung dieses Anspruchs scheint jedoch nicht ganz unproblematisch.²²

Die Berücksichtigung nichtbehördlicher Überlieferung durch öffentliche Archive läuft darauf hinaus, nicht mehr die Dokumentation staatlichen Handelns als Ziel der Überlieferungsbildung aufzufassen, sondern die Gesellschaft als Ganzes – und damit die Überlieferung aus staatlichem und nichtstaatlichem Material gleichermaßen zu bilden. Die Abbildung gesellschaftlicher Prozesse in der archivischen Überlieferung kann unterschiedlich genau im Voraus geplant werden. Die DDR-Archivistik bediente sich eines relativ abstrakten, aber sehr umfassenden „Rahmendokumentationsprofils“.²³ Booms hatte ursprünglich noch einen relativ detaillierten und in öffentlichen Gremien ausgehandelten Dokumentationsplan vor Augen, an dessen Realisierbarkeit wohl mit Recht gezweifelt wurde.²⁴ Inzwischen ist man dazu übergegangen, nur noch bestimmte Dokumentationsziele bzw. ein Dokumentationsprofil zu formulieren.²⁵ Für ein Dokumentationsprofil sprechen sich auch die 2004 verabschiedeten Positionspapire der BKK und des Arbeitskreises Archivische Bewertung im VdA aus.²⁶

¹⁵ So der Tenor von Schöntag 1997. Vgl. auch Uhl 1994; Schöntag 2003.

¹⁶ So hebt Peter Dohms deren „Informationsdefizite“ (Dohms 1998: 39) hervor. Vgl. auch Werner 1992; Kretzschmar 1998: 56.

¹⁷ Vgl. z.B. Dohms 1998: 50f.; Kretzschmar 1998: 54.

¹⁸ Ein klassisches Beispiel dafür ist die Zuständigkeit für die Post, die von privater Initiative über private Tätigkeit in staatlichem Auftrag und ein staatliches Monopol wieder in den privaten Bereich gewandert ist, allerdings noch in staatlichem Besitz, ergänzt von rein privater Konkurrenz. Dazu kommen noch staatliche Regulierungsbehörden. Ich verdanke dieses Beispiel Herrn Dr. Rehm. Andere Beispiele wären die Abfallwirtschaft oder Energiewirtschaft.

¹⁹ Vgl. z.B. Schockenhoff 1999: 107. Besonders deutlich hat sich die Abhängigkeit von Archivmaterial von staatlichen Kategorien am Beispiel totalitärer Diktaturen gezeigt. Vgl. z.B. Baberowski 2003; Lüdtke/Becker 1997; Hilberg 2001.

²⁰ Dazu zählt auch das Problem der Handakten. Vgl. auch van Rey 1997: 170; Hobbs 2001; Boden 2006: 9.

²¹ Thamer 2005: 4.

²² Vgl. Boden 2006: 10, wo konkrete Quantifizierungsversuche referiert werden. Eine höhere Nutzungsfrequenz behaupten u.a. van Rey 1997: 165; Dohms 1998: 50.

²³ Vgl. Zentrale Bewertungskommission ... 1984. Vgl. auch Booms 1999: 83f.

²⁴ Vgl. Büttner 1989; Booms 1999: 82.

²⁵ Zu Dokumentationszielen vgl. z.B. Weber 2001; Kretzschmar 2002; van Diepen 2005.

²⁶ Becker 2005; Kretzschmar 2005b.

Der Dokumentationsanspruch kann dabei unterschiedlich weit reichen. Gerade Kommunalarchivare haben besonders nachdrücklich für die Bewahrung von Ergänzungsüberlieferung plädiert.²⁷ Die BKK fordert: „Kommunalarchivische Überlieferungsbildung hat die Aufgabe, die lokale Gesellschaft und Lebenswirklichkeit umfassend abzubilden.“²⁸ So weit will der Arbeitskreis Archivische Bewertung nicht gehen, plädiert aber auch für eine Überlieferungsbildung, die nichtstaatliche Überlieferung ebenso wie staatliche berücksichtigt.²⁹

2.2 Überlieferungsbildung im Verbund

Der Ansatz einer ÜiV, der seit Ende der 1990er Jahre nachdrücklich vor allem von Robert Kretzschmar vertreten wird, versucht nun, einige der genannten Ideen zu bündeln:³⁰ Sein Ziel ist es, unter Berücksichtigung inhaltlicher Kriterien auf der Grundlage staatlicher und nichtstaatlicher Überlieferung eine möglichst aussagefähige Überlieferung zu schaffen; dabei ist der Blick nicht auf das einzelne Archiv, den einzelnen Sprengel oder die einzelne Institution zu richten, sondern die Überlieferung soll im Verbund unterschiedlicher Archive und anderer Dokumentationsstellen entstehen. Damit wird nicht zuletzt auch auf die Ressourcenknappheit der einzelnen Akteure reagiert. Mit der Einbeziehung nichtbehördlicher Akteure sowohl auf Seite der Schriftgutproduzenten als auch der Archive geht die ÜiV über das Modell der vertikalen und horizontalen Bewertung hinaus.

Dieses Konzept mutet zunächst sehr überzeugend an und hat auch das VdA-Positionspapier maßgeblich geprägt. Von praktischen Erfahrungen mit einer planmäßig organisierten ÜiV ist jedoch bislang kaum etwas bekannt.³¹ Auch die archivwissenschaftliche Diskussion hat bislang noch viele Fragen offen gelassen, die sich stellen, wenn man sich auf das Konzept einlässt: Es ist beispielsweise nicht klar, inwieweit der „Verbund“ überhaupt eine organisatorische Form haben soll. Muss er das nicht? Dies ist nur dann nicht nötig, wenn es ganz einfach um die Idee geht, die öffentlichen Archive könnten anderen Archiven ja prinzipiell bei der Eigenarchivierung helfen, womit man wieder beim Schöntagschen Modell wäre. Wenn es aber einen konkreten „Verbund“ geben soll, ist unklar, wer ihn organisieren soll, wer einbezogen werden soll und wie die Kommunikationswege eingerichtet werden sollen.

Ein archivtheoretisches Problem stellt sich aber auch auf der inhaltlichen Ebene: Auf welche Bereiche soll sich ein entsprechender Verbund konzentrieren? Die klassische behördennahe Bewertung konnte sich noch an behördlichen Organisationsstrukturen orientieren und das Schriftgut provenienziell gliedern. Aber auch dabei ergeben sich Probleme, wenn staatliche Aufgaben sich weit über behördliche Zuständigkeiten verteilen oder immer wieder bei anderen Behörden angesiedelt werden; jede Verwaltungsreform – etwa die Umsiedlung der baden-württembergischen Forstämter von den Regierungspräsidien zu den Landkreisen – zieht dann gewaltige Probleme nach sich.

Andere Bewertungsansätze haben deshalb den Blick von den organisatorischen Strukturen weg auf andere Kriterien gerichtet. So bemüht sich das niederländische PIVOT-Programm um die Bewertung weder von Akten noch von Behörden, sondern von *Handlungen* staatlicher Stellen. Allerdings bewegt sich PIVOT weiterhin strikt im Rahmen staatlicher Behörden.³²

Um sich von der Rückbindung an institutionelle Strukturen als Überlieferungsfokus zu lösen, ließe sich an Stelle einer handlungsorientierten auch eine aufgabenorientierte Bewertung denken. Dabei ginge es gleichermaßen um staatliche wie um gesellschaftliche Aufgaben. Dadurch lassen sich bestimmte Aufgaben auch dann im Blick behalten, wenn sie etwa privatisiert oder verstaatlicht werden. Das lässt sich zuverlässig allerdings tatsächlich nur im Verbund leisten.

²⁷ Vgl. van Rey 1997; Illner 2006; Brunner 2006.

²⁸ Becker 2005: 87.

²⁹ „Die verschiedenen Überlieferungen staatlicher und nichtstaatlicher Provenienz sollen sich im Ergebnis zu einer möglichst vielfältigen Quellenbasis zusammensetzen.“ (Kretzschmar 2005b: 90)

³⁰ Zur ÜiV vgl. v.a. Kretzschmar 1998; Kretzschmar 1999; Kretzschmar 2002; Kretzschmar 2006a; Kretzschmar 2006b.

³¹ Das Landesarchiv Baden-Württemberg hat die ÜiV bei der Stabsstelle des Präsidenten (Dr. Clemens Rehm) angesiedelt, allerdings nur als ein Teil der dortigen Aufgaben. Die diesbezüglichen Überlegungen und vor allem praktischen Anwendungen stehen erst am Anfang. Zu ersten Schritten in der damaligen LAD vgl. Kretzschmar 1998: 65.

³² Zu PIVOT vgl. z.B. Horsman 1997; Braber u.a. 2000; Tol 2001; van der Laan 2005..

Sobald man aber die Bindung der Aufgaben an bestimmte Handlungsträger aufgibt, gerät man in den Bereich der themenbezogenen Arbeit. Nur stellt sich dann die Frage, auf welche Phänomene des Zeitgeschehens oder der jüngeren Vergangenheit die Archivare ihre Aufmerksamkeit besonders richten müssen. Hier kommt eine Art pertinenzbezogenes Arbeiten hinein.

Die Probleme pertinenzbezogener Praktiken sind bekannt. Die Auswahl von Themen ist hoch problematisch. Was heute interessant scheint, kann morgen irrelevant sein. Sicher ist eigentlich nur, dass die zukünftigen Fragen, die die Forschung an unsere Zeit stellen wird, nicht die gleichen sind, die wir heute stellen. Außerdem lässt sich kaum eine befriedigende Lösung dafür finden, die Themenauswahl zu legitimieren – etwa in einem Gremium, das über archivarische Kreise hinausreicht, wie das Hans Booms vorschwebte oder im niederländischen PIVOT-Projekt praktiziert wird.³³ Die Abgrenzung von Themen und Aufgaben, zu denen Überlieferung gebildet werden soll, formt die Überlieferung allein schon stark vor. Andererseits müssen sich die Vertreter einer strikt behörden- und sprengelorientierten Überlieferungsbildung auch bewusst sein, dass der Verzicht auf inhaltliche Maßstäbe und außerbehördliche Überlieferung ebenfalls stark präfigurierend wirkt.

Eine Überlieferung, die „Entwicklungen und Prozesse hinlänglich, in ihren wesentlichen Zügen (259) und ohne ideologische Verzerrungen, angesichts der Schriftgutmassen zugleich redundanzfrei und mit angemessenem wirtschaftlichen Aufwand nachvollziehbar aber auch interpretierbar“³⁴ vermittelt, ist als Ziel erstrebenswert. Jede thematische Arbeit (ebenso wie der Verzicht darauf) muss aber berücksichtigen, dass sie sich diesem Ziel nur nähern kann, und anderen gegenüber transparent machen, von welchen Vorannahmen sie ausgeht.³⁵

In der Nutzung hat themenorientierte Arbeit schon länger Wurzeln geschlagen. Hier ist der Servicegedanke gegenüber den Archiv-„Kunden“ leitend. Von den Nutzern werden verstärkt thematisch aufbereitete Informationen verlangt – ein Trend, der sich mit dem wachsenden Anspruch der digital sozialisierten Nutzer nach bequemer Informationsgewinnung verstärken wird. Sachthematische Inventare sind bereits in der Vergangenheit immer wieder erstellt worden; derzeit entstehen eine Reihe thematischer Portale und Findmittel.³⁶ In der Überlieferungsbildung gab es auch schon früher themenorientierte Arbeit, die sich meist aber entweder auf archivische Sammlungen im engeren Sinne bezog oder eigene Überlieferung erst schuf.³⁷

Die wichtigsten Elemente einer ÜiV (Einbeziehung inhaltlicher Kriterien, Einbeziehung nichtöffentlicher Überlieferung, Beteiligung verschiedener Archive und Dokumentationsstellen) führen aber zwangsläufig dazu, dass man sich mit Aufgaben und Themen befassen muss. Es ist bezeichnend, dass Robert Kretzschmar noch 2000 bezweifelte, „ob Überlieferungsbildung im Archiv das Ziel verfolgen soll, Belegmaterial zu bereits vorformulierten Themen und Fragestellungen zu finden, ob sie nicht vielmehr vielfältig auswertbare Quellen sichern und bereitstellen soll.“³⁸ In einem späteren Beitrag forderte er schon ergänzend „ein Vorgehen [...], bei dem bestimmte Themenfelder gezielt aufgearbeitet werden und die dazugehörige Überlieferung überprüft wird.“³⁹

Die ÜiV muss gewissermaßen zwischen der Scylla der Pertinenz und der Charybdis der verengten Behördenorientierung hindurchnavigieren. Das heikle Feld der thematischen Auswahl will ich im Fol-

³³ Bei PIVOT bilden in sogenannten Dreiecksberatungen Archivare, Vertreter der abgebenden Behörden und der Forschung das entscheidende Bewertungsgremium.

³⁴ Bischoff 2005: 259f.

³⁵ Vgl. z.B. Kretzschmar 2006a: 490f. Barbara Craig begrüßt die Zeitgebundenheit der Bewertungskriterien sogar; so werde das Archiv zum „poetic statement“ (Craig 2001: 180).

³⁶ Für das Landesarchiv Baden-Württemberg sind hier etwa zu nennen: Eine Auswanderer-Datenbank (<http://www.auswanderer-bw.de/>), ein Inventar mit Quellen zur französischen Besatzungszeit (<http://www.landearchiv-bw.de/besatzungszeit/dbank/index.php>) oder die Zusammenstellung von Hinweisen auf Unterlagen über Zwangsarbeiter (http://www.landearchiv-bw.de/sixcms/detail.php?template=hp_artikel&id=4513&id2=8580&sprache=de), im Bundesarchiv etwa ein Findbuch zu den Olympischen Spielen 1972 (http://www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/abteilungen/abtb/osm_1972.pdf).

³⁷ Ein Beispiel für das letztere Vorgehen ist etwa die baden-württembergische „Dokumentationsstelle zur Erforschung der Schicksale der jüdischen Bürger Baden-Württembergs während der nationalsozialistischen Verfolgungszeit 1933-1945“ (LA BW HStAS EA 99/001).

³⁸ Kretzschmar 2000.

³⁹ Kretzschmar 2006b.

genden aussparen. Wenn man sich auf einige wenige Themen beschränkt – mehr ist ohnehin nicht zu leisten –, so wird die Auswahl in der Praxis oft gar nicht so problematisch sein. Um die Sache nicht unnötig kompliziert zu machen, beschränke ich mich auf ein Thema, dessen Relevanz bei allen möglichen Methoden zur Identifikation lohnender Überlieferungsgebiete wohl konsensfähig ist: Flucht und Vertreibung.

3 Die Überlieferung zu Flüchtlingen und Vertriebenen

Die Zuwanderung von rund 12-14 Millionen geflohener oder vertriebener Menschen in ein weitgehend zerstörtes Land seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs stellte eine der größten Herausforderungen für die Nachkriegsgesellschaft dar.⁴⁰ Die Integration dieser neuen Bevölkerungsteile ist häufig als größte Erfolgsgeschichte beschrieben worden, als ein dem „Wirtschaftswunder“ vergleichbares soziales „Wunder“.⁴¹ Die neuere Forschung hat diese Position mit Hinweis auf die „Konfliktgemeinschaft“ der Nachkriegsgesellschaft revidiert, die Bedeutung der Integration der Heimatvertriebenen für die deutsche Zeitgeschichte ist aber unstrittig.⁴² Bis heute wirkt dieser Prozess nach. Immer wieder aufflammende Konflikte wie jüngst der um die Ansprüche der sogenannten „Preußischen Treuhand“, die Auseinandersetzung um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ sowie andererseits unzählige freundschaftliche Kontakte zwischen Deutschen und den Bewohnern der ehemals deutschen Siedlungsgebiete zeugen ebenso davon wie die komplexe Problematik der Integration von Spätaussiedlern.

Dennoch handelt es sich bei der Integration der Vertriebenen um einen fortgeschrittenen Prozess, dessen Hochphase schon einige Zeit vorbei ist, so dass die archivische Überlieferungsbildung, soweit sie denn überhaupt erfolgt, schon angelaufen ist – abgeschlossen ist sie noch lange nicht. Das erlaubt einen evaluierenden Blick auf den Charakter der bisher gebildeten Überlieferung, auf Akteure, Bestände, Überlieferungsprinzipien und auf etwaige Überlieferungslücken.

3.1 Staatliche und kommunale Akteure bei der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen

Die Integration der Vertriebenen ist ein äußerst vielgestaltiger und komplexer Prozess. Sie vollzog sich in einem Neben- und manchmal auch Gegeneinander verschiedenster Aktivitäten und unterschiedlicher Akteure. Die Vertriebenen mussten zunächst mit dem Nötigsten versorgt werden, man musste ihnen Wohnungen bauen, sie sollten arbeiten, sie brauchten Land, Schulplätze, Kirchen, sie suchten Verwandte und Nachbarn, sie wollten ihre Kultur pflegen und sich politisch betätigen.

Entsprechend komplex ist auch die archivische Überlieferung dazu. Allein im Behördenbereich setzte sich auf allen Verwaltungsebenen eine Vielzahl von Institutionen mit den Heimatvertriebenen auseinander.⁴³ Zunächst wurden vielfach Querschnittsbehörden geschaffen, die sich gezielt mit der Vertriebenenproblematik befassten. Nach Gründung der Bundesrepublik war auf Bundesebene hauptsächlich das Bundesministerium für Vertriebene zuständig (BA B 150). Als Gegenstand konkurrierender Gesetzgebung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 6 GG) hatten aber auch die Länder eigene Kompetenzen in Vertriebenenfragen, die sie ab 1952 auf Bundesebene in der „Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsverwaltungen“ (Argeflü, BA B 373) koordinierten.

Für Baden-Württemberg ist die Angelegenheit aufgrund der Vorgeschichte des Landes noch komplizierter. In Württemberg-Baden war der Hauptzuständige der im Innenministerium angesiedelte Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen (LA BW HStAS EA 2/801), dessen organisatorische Stellung und Kompetenzen nie ganz unumstritten waren.⁴⁴ In Südbaden war vor allem das dem Innenministerium unterstellte Landesamt für Umsiedlung (LA BW StAF D 36/3) aktiv, in Südwürttemberg-Hohenzollern

⁴⁰ Zur Vertriebenenproblematik allgemein vgl. z.B. Hoffmann/Krauss/Schwartz 2000; zu Baden-Württemberg vgl. Eberl/IM BW 1993.

⁴¹ Vgl. z.B. Kailer 2005: 249ff.

⁴² Für die These von der „Konfliktgemeinschaft“ vgl. Grosser 2000.

⁴³ Vgl. dazu allgemein Beer 1994a.

⁴⁴ Vgl. Müller 1993.

der Landeskommis­sar für das Flüchtlingswesen, der ab 1947 Staatskom­mis­sar für die Umsiedlung (LA BW StAS Wü 51 T 1) hieß.⁴⁵

Nach der Gründung des Südweststaats war zunächst das Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (LA BW HStAS EA 12) zuständig, bevor dieses 1960 aufgelöst wurde und seine Aufgaben dem Innenministerium, Abteilung VIII (zuständig für „Eingliederung und Lastenausgleich“), (LA BW HStAS EA 2/8) zugeteilt wurden.

Die Flüchtlingsverwaltung war aber auch auf Länderebene keineswegs zentral organisiert. Die entsprechenden Abteilungen der Regierungspräsidien und Landratsämter nahmen einen großen Teil der staatlichen Aufgaben wahr (etwa die Zuweisung der Flüchtlinge, die Organisation von Wohnraum, die Verwaltung der Flüchtlingslager usw.), und auch die kommunalen Stellen waren vielfach mit Flüchtlingsfragen befasst.

Die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge betraf die Verwaltung auf allen Ebenen und in nahezu allen Bereichen. So finden sich Akten, die sich explizit mit Heimatvertriebenen beschäftigen, auf Ministerialebene eben nicht nur beim Vertriebenenministerium oder in der Abteilung VII des Innenministeriums, sondern auch in den verschiedenen Abteilungen des Staatsministeriums, im Innenministerium auch in den Abteilungen für Wohnungs- und Siedlungswesen, im Landespolizeipräsidium und anderenorts; außerdem verzeichnen das Wirtschaftsministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Arbeitsministerium und das Finanzministerium eine ganze Reihe von Flüchtlingsakten.

Ähnlich verhält sich das auf den unteren Verwaltungsebenen. Auch dort war die ganze öffentliche Verwaltung mit dem Flüchtlingsproblem konfrontiert. Das reicht in der ersten Zeit von Erfassungs- und Zuweisungslisten über statistische Erhebungen, Verwaltung der Flüchtlingslager und Suchdienste bis zur vordringlichen Versorgung mit dem Nötigsten, mit Hausrat, Nahrung und Wohnraum. Entsprechend der Prioritätenlage erlangten bald auch die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Eingliederung und zum Wohnungsbau große Bedeutung. Mit zunehmender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Integration gewannen die kulturelle Betreuung und die Beziehung zu den Vertriebenenorganisationen an Gewicht in der Schriftgutproduktion der Behörden.

In kleineren Gemeindebeständen finden sich in der Regel nur einzelne Akten zur Flüchtlingsproblematik, auf den oberen Ebenen haben wir aber meist eine sehr differenzierte Überlieferung.

Der Bereich der Wohnraumbewirtschaftung und des Schulwesens gerade auf kommunaler Ebene zeigt deutlich, dass Heimatvertriebene längst nicht nur da hauptsächlich betroffen waren, wo sie explizit Gegenstand des Verwaltungshandelns waren. So betraf der Schulneubau, der soziale Wohnungsbau und der in den 1950er und 1960er Jahren allenthalben betriebene Bau neuer Siedlungen an der kommunalen Peripherie die ganze Bevölkerung, aber besonders massiv die Lebenswelt der Vertriebenen. Manchmal wurden solche Siedlungen ganz gezielt als „Neubürger“-Siedlungen konzipiert (wie z.B. die Donauschwaben-Siedlung Mahdach in Ohmenhausen/Reutlingen)⁴⁶, manchmal stellten jene lediglich einen großen Anteil der Siedlungsbevölkerung. Hier ist jeweils eine gewisse Ortskenntnis nötig, um abzuschätzen, inwieweit sich entsprechendes Archivgut auf Vertriebene bezieht.

Ein großer Teil der behördlichen Überlieferung zu Flüchtlingen und Vertriebenen besteht aus den Lastenausgleichsbeständen, den Unterlagen, die im Gefolge des 1952 beschlossenen Lastenausgleichsgesetzes bei den Lastenausgleichsämtern entstanden. An erster Stelle ist dabei das Lastenausgleichsarchiv, eine Abteilung des Bundesarchivs in Bayreuth, zu nennen (BA B 148).⁴⁷ Dort sollen hauptsächlich die Feststellungsakten archiviert werden, die sich auf positiv beschiedene Lastenausgleichsanträge beziehen. Von den abschlägig beschiedenen Vorgängen wird eine Auswahl archiviert. Außerdem ist die Archivierung weiterer einschlägiger Bestände (Heimatauskunftsstellen, Vororte, Heimatortskarteien, Ostdokumentation usw.) geplant. Aber auch auf regionaler und lokaler Ebene sind z.T. umfangreiche Lastenausgleichsbestände archiviert, mit Angaben zur Schadensfeststellung, zu Ausgleichsleistungen und Aufbauhilfen.

⁴⁵ Vgl. Kühne 1994; Kühne 1999.

⁴⁶ Vgl. Herb 1965.

⁴⁷ Zu Geschichte und Beständen des Lastenausgleichsarchivs vgl. Ringsdorf 2000.

Vereinzelte ist diese weite und etwas verwirrende behördliche Überlieferungslandschaft auch im Detail aufgearbeitet worden. Vor allem zwei Projekte verdienen hier Beachtung: 1992 veröffentlichte die Historische Kommission für Nassau eine von Bernhard Parisius und Manfred Pult bearbeitete bis auf die einzelne Verzeichnungseinheit hinab reichende Übersicht über die Archivalien zu Flüchtlingen und Vertriebenen in allen staatlichen und kommunalen Archiven sowie in Kirchen- und Wirtschaftsarchiven Hessens. Zwei Jahre später erschien ein vergleichbares Verzeichnis, allerdings beschränkt auf staatliche und kommunale Archive, für Baden-Württemberg, herausgegeben von Mathias Beer vom Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (IDGL).⁴⁸

Bei den eben skizzierten Beständen handelt es sich um die den jeweiligen öffentlichen Archiven organisch zugehörigen Provenienzen. Dieser Teil der Überlieferung ist mithin das Ergebnis der auf den jeweils gültigen Kriterien und Modellen beruhenden Bewertungsentscheidungen. Im Einzelfall freilich unterscheiden sie sich. Leider erfolgte nach meiner Erfahrung die Bewertung früherer Jahrzehnte nur selten mit der gebotenen Transparenz. Vielfach ist nicht einmal deutlich, ob und was kassiert wurde. Eine Ausnahme ist die Bewertung massenhaft gleichförmiger Fallakten, wie zum Beispiel Akten zur Vergabe von Aufbaudarlehen, die in der Regel nach einem Buchstabenmodell erfolgte, oft ergänzt durch die Bewahrung besonderer Fälle.⁴⁹

Davon abgesehen ist die Annahme begründet, dass die Überlieferung die Aktenproduktion der abgebenden Stelle insgesamt hinreichend gut repräsentiert, dies jedenfalls insoweit, als keine „wilden“ Kassationen vorgenommen worden sind.

Man hat es hier also mit einer sehr umfangreichen, hoch differenzierten Überlieferung zu tun, die ein komplexes Bild von der Reaktion des Staates und der Kommunen auf das Flüchtlingsproblem sowie von der Interaktion zwischen öffentlichen Stellen und Flüchtlingen liefert. Das gilt fast flächendeckend.

Problematisch ist dabei nicht so sehr die Überlieferung an sich, sondern eher die Zugänglichkeit. Vermutlich hat sich die Situation seit dem Erscheinen der archivischen Übersicht für Baden-Württemberg 1994 gebessert, aber es gibt nach wie vor Bestände, die in Ermangelung geeigneter Findmittel nicht sinnvoll zu nutzen sind – von einer Einbindung in einen Verbund ganz zu schweigen.⁵⁰

3.2 *Abbildqualität staatlicher und kommunaler Überlieferung*

Auch wenn man also eine zufriedenstellende behördliche Überlieferung konstatieren kann, stellt sich doch die Frage, inwieweit eine solche Überlieferung ein gutes Abbild der historischen *Erfahrungen*⁵¹ sein kann, die verschiedene Beteiligte mit Flucht, Vertreibung, Aufnahme und Integration machten. Dabei steht die Frage nach den Erfahrungen der Vertriebenen im Mittelpunkt.

Ich habe oben bereits angedeutet, dass die Befürworter einer Archivierung nichtstaatlichen Materials vielfach auf „weiße Flecken der Überlieferung“⁵² verweisen, die im behördlichen Kontext entstehen. Die Frage nach der Abbildqualität archivischer Überlieferung bzw. die Suche nach den weißen Flecken auf der Überlieferungslandkarte ist methodisch nicht unproblematisch und bislang auch kaum theoretisch beschrieben worden.⁵³ Wie soll ich als Archivar herausfinden, was fehlt, wenn ich mich nur auf das stützen kann, was da ist? Weiße Flecken auf der Landkarte lassen sich eben nur von ihren Rändern her beschreiben.

⁴⁸ Parisius/Pult 1992; Beer 1994b.

⁴⁹ In Baden-Württemberg sind das meistens die Buchstaben D, O, T. Es gibt aber Abweichungen davon. Das Kreisarchiv Esslingen hat zum Beispiel nur O und T übernommen, das Kreisarchiv Reutlingen lange Zeit H, O, T, inzwischen aber auch D, O, T. Zeittypische Fälle werden meist nur über formale Kriterien abgegriffen. Zur Übernahme zeittypischer und besonderer Fälle vgl. z.B. Treffeisen 2003: 355ff. Der Sinn eines solchen Buchstabenmodells ist in der Bewertungsdiskussion inzwischen höchst umstritten (vgl. z.B. Buchholz 2001).

⁵⁰ So jedenfalls meine Erfahrungen in einigen der Archive, die ich aufgesucht habe.

⁵¹ Zum Erfahrungsbegriff vgl. z.B. Buschmann 2001; eine Kurzdarstellung des im Tübinger Sonderforschungsbereich „Kriegserfahrungen“ weiterentwickelten Erfahrungsbegriffs s. unter <http://www.uni-tuebingen.de/SFB437/F.htm>.

⁵² So der Titel eines Vortrags von Wolfgang Kraushaar auf einem Symposium des Landesarchivs Baden-Württemberg zum Thema: „1968 – Was bleibt von einer Generation?“ am 27.02.2007.

⁵³ Es verwundert daher nicht, dass der oben genannte Vortrag von Wolfgang Kraushaar sich auch gleich im ersten Satz seiner Zielsetzung verweigerte und – obschon lehrreich – zur Klärung der Abbildqualität der Überlieferung kaum beitrug.

Man kann sich einer Lösung dieses Problems nur annähern. Ein Schlüssel dazu – wie so oft in archiverischer Arbeit – heißt Kontextsensibilität. Konkret heißt das erstens, aktuelles Geschehen zu beobachten und entsprechende Beobachtungen standardisiert festzuhalten. Im kommunalen Bereich geschieht das häufig, indem beispielsweise eine Stadtchronik geführt wird. Zweitens müssen Archivare den Aufgabenkatalog und die normativen Grundlagen der Behörden, für die sie zuständig sind, möglichst genau kennen. Drittens heißt das, die außerbehördlichen Akteure und Überlieferungsbildner im Auge zu behalten und die Spuren wahrzunehmen, die sie hinterlassen. Konkret heißt das viertens, aufmerksam zu sein für die schriftlichen und mündlichen Lebensäußerungen Betroffener und Handelnder, Netzwerke zu knüpfen usw. Schließlich heißt es auch, in Kontakt mit der Forschung zu stehen sowie Quellen und Fragestellungen zu rezipieren.⁵⁴ All diese Methoden sind eng mit dem historischen Phänomen bzw. dem Politikfeld verbunden, dem die Überlegungen zur Überlieferungsbildung gelten. Lösungsansätze ergeben sich nur in Bezug auf den konkreten historischen Gegenstand.

Wenn man Migration in die prototypischen Phasen Weggehen – Gehen – Ankommen einteilt, sind es vor allem die ersten beiden Phasen, die grundsätzliche Überlieferungslücken in deutschen Archiven aufweisen.

So erweist es sich als ein strukturelles Defizit zur Überlieferung zu Vertriebenen, dass die Lebenswelt der später Vertriebenen in Ost- und Mitteleuropa wenig direkte archivalische Spuren in deutschen Archiven hinterlassen hat. Die entsprechende Überlieferung schien durch Kriegsverluste und den Kalten Krieg weitgehend aus der zugänglichen archivalischen Überlieferung verschwunden. Hier tut sich mit der Öffnung der osteuropäischen Archive ein neuer Strang der Überlieferung auf, deren Bedeutung heute jedoch kaum abschätzbar ist, die aber schon erste Früchte trägt.⁵⁵

Eine echte ÜiV zu diesem Thema müsste demnach auch die ausländische Überlieferung im Blick haben. Das gilt grundsätzlich, aber für Migrationsprozesse ganz besonders. Für die unmittelbare Nachkriegsgesellschaft sind zudem die Bestände der alliierten Verwaltungen zu berücksichtigen. Eine entsprechende Vernetzung europäischer Archive hat aber bislang fast noch gar nicht stattgefunden, und das aus vielerlei Gründen: Die politische Situation des Kalten Krieges hat dabei ebenso eine Rolle gespielt wie Sprachbarrieren und das erst in jüngerer Zeit erwachte Interesse der Forschung an chronologischen Längsschnittstudien.

Das weitgehende Fehlen einer organisch entstandenen Überlieferung aus den Vertreibungsgebieten war später auch bestimmend für die kompensatorischen Überlieferungsbemühungen der Flüchtlinge und Vertriebenen selbst.

Es gilt hier aber eine bedeutende Einschränkung zu machen. Die Überlieferung, die im Rahmen des Lastenausgleichs entstanden ist und die, wie gesagt, recht gut dokumentiert ist, ermöglicht es, ein Bild von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in den Vertreibungsgebieten vor 1945 zu rekonstruieren, wie es für diesen Zeitraum auch für die Gebiete der Bundesrepublik kaum detailreicher überliefert ist. Das betrifft jedoch nur einen engen Ausschnitt der dortigen Lebenswelten.

Dazu kommt, dass ausgerechnet der zentrale Prozess von Flucht und Vertreibung selbst in der behördlichen Überlieferung ebenfalls kaum zu fassen ist.⁵⁶ Das gilt wenigstens zum großen Teil für die deutschen Archive. Zu den Vertreibungsmaßnahmen selbst beherbergen ausländische (u.a. russische, tschechische, polnische) Archive eine gewisse Überlieferung; inwieweit hier in ostdeutschen Archiven noch Material – etwa von Sowjetzonenflüchtlingen – zu finden ist, harret noch einer näheren Untersuchung. Einen gewissen Niederschlag finden die chaotischen Verhältnisse bei Flucht und Vertreibung auch in der Überlieferung deutscher Behörden, vor allem wohl örtlicher Stellen von Staat und Partei,

⁵⁴ Vgl. zum Kontakt zur Forschung z.B. Weber 2001; Kretzschmar 2000; Kretzschmar 2004.

⁵⁵ Das prominenteste Beispiel dafür ist Borodziej/Lemberg 2000-2004 (hierzu auch Hofmann 2006). Vgl. auch Brandes 2005.

⁵⁶ Ursprünglich sollte die Arbeit den Titel tragen: „Überlieferungsbildung im Verbund? Staatliche und nichtstaatliche Überlieferung zum Thema 'Vertreibung und Migration'“. Der aktuelle Titel beruht auf der Einsicht, dass es eben nicht um die Vertreibung selbst geht, sondern um die Vertriebenen. Einen entsprechenden Hinweis verdanke ich Dr. Joachim Halbekann.

sowie in der Überlieferung der Wehrmacht, etwa im edierten Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht.⁵⁷

Von staatlicher Seite hat man schon in den 1950er Jahren versucht, diesen Mangel an Überlieferung zu kompensieren, indem man selbst Überlieferung schuf. Seinen wirkungsmächtigsten Ausfluss hat das in der sog. „Ost-Dokumentation“ gefunden, einem forschungspolitischen Mammutprojekt unter Leitung von Theodor Schieder, bei dem Flucht und Vertreibung wissenschaftlich aufgearbeitet und mit Hilfe von Erinnerungen ausführlich beschrieben werden sollten. Die Ergebnisse wurden in der mehrbändigen „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“ 1954 publiziert und fanden als Taschenbuchnachdruck ab 1984 besonders weite Verbreitung. Das zugrundeliegende und weiteres Material bildet Teil des Bestands B 148 im BA. Obwohl in seiner einseitigen Ausrichtung auf deutsches Leiden heute umstritten, ist hier immer noch eine der wichtigsten Sammlungen von Erinnerungen und eine der bedeutendsten Quellen für die Fluchterfahrungen der Deutschen zu finden.⁵⁸

Wenn ich im Folgenden über die Überlieferungslücken für die Phase des „Ankommens“ und der Integration spreche, beziehe ich mich im Wesentlichen auf die Westzonen und die alte Bundesrepublik. Die „Umsiedler“ in der SBZ und der DDR spielten in der Öffentlichkeit eine viel weniger prominente Rolle.⁵⁹ Tendenziell erfasst die entsprechende behördliche Überlieferung und die der Parteien und Massenorganisationen das Leben der Menschen in größerem Umfang als in westlichen Systemen – was nicht heißt, dass wir es mit einer besseren, „wahren“ Überlieferung zu tun haben.⁶⁰

Flucht, Vertreibung und Kalter Krieg trennten die Heimatvertriebenen von ihrer Vergangenheit. Sie wurden aus räumlichen, sozialen, kulturellen und historischen Kontexten gerissen und sahen ihre kulturelle Identität in Frage gestellt. Natürlich hatte der landsmannschaftliche Zusammenschluss der Vertriebenen und die Bildung von Netzwerken auch handfeste politische und wirtschaftliche Gründe, aber zu großen Teilen diente er der Identitätsarbeit und hatte eine „psychosoziale Funktion“⁶¹.

Hier zeigt sich einer der wichtigsten blinden Flecke gerade der öffentlichen archivischen Überlieferung. Zwar lassen sich (etwa über die Bestände des Lastenausgleichs und der Suchdienste) geografische Herkunft und zum Teil auch die wirtschaftliche Lage der Menschen vor Flucht und Vertreibung einigermaßen rekonstruieren. Grundsätzlich erfasste der Staat die Vertriebenen aber im Wesentlichen in rechtlichen Kategorien, wie etwa in denen des 1953 beschlossenen Bundesvertriebenengesetzes (BVFG).⁶² Die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Voraussetzungen der Flüchtlinge, ihr kulturelles „Gepäck“⁶³ war aber äußerst divergent. Es war eben ein Unterschied, ob man Lehrerin aus Pommern oder Handwerker aus Siebenbürgen, ob man Arbeiter aus Aussig oder Bäuerin im Banat gewesen war. Das hatte gravierende Auswirkungen für Alltag und Selbstverständnis der Flüchtlinge, geht aber in der staatlichen Perspektive weitgehend unter.

Ein weiteres, ähnliches Problem besteht überhaupt darin, dass „amtliche Akten aus der Verwaltungspraxis [...] oft jedoch nur indirekt alltags- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte widerspiegeln; die Bedeutung von Verordnungen etwa erschließt sich erst in der Kontextualisierung; sie sind als Reaktion auf die jeweiligen Gegebenheiten zu verstehen.“⁶⁴ Dabei ist es allgemein eine klassische Aufgabe von Historikern, auch diese indirekten Spuren des Alltags zu lesen und zu deuten. Das kann auch mit Material aus öffentlichen Archiven durchaus gelingen, wie lokale Untersuchungen zeigen.⁶⁵ Die einschlägige behördliche Überlieferung der ersten Nachkriegsjahre ist insgesamt näher am Vertriebenenalltag als die der

⁵⁷ Schramm 1961-1969.

⁵⁸ Bundesministerium für Vertriebene 1956-1961. Zur Ostdokumentation vgl. auch Spieler 1989: 102ff.; Beer 2000; Beer 2005; Hofmann 2006: 237f.

⁵⁹ Zu den Vertriebenen in der DDR vgl. Wille 1996-2003; Wille 1997; Königseder/Panzig 2004; Schwartz 2004.

⁶⁰ Vgl. hierzu die Beiträge des Archiv-Sonderhefts der Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 51 (2003), Heft 1.

⁶¹ Weiß 2001: 249. Vgl. auch Fendl 2002.

⁶² Das Gesetz unterscheidet zwischen Vertriebenen (§ 1), zu denen auch die Heimatvertriebenen (§ 2) zählen, Sowjetzonenflüchtlingen (§ 3) und Spätaussiedlern (§ 4).

⁶³ Diesen Ausdruck habe ich von Dr. Mathias Beer.

⁶⁴ Kailer 2005, 240.

⁶⁵ Vgl. z.B. Bechtold-Comforty 1991.

späteren Jahre.⁶⁶ Das liegt daran, dass die Gruppenidentität als Flüchtlinge für deren Alltag am Anfang eine wesentlich größere Rolle spielte als später.

Weiter liegt es in der Natur der Sache, dass die Überlieferung öffentlicher Archive den staatlichen Blick im Wesentlichen auf die Erfahrungen der sogenannten ersten „Erlebnisgeneration“ repräsentiert, derjenigen also, die bei der Vertreibung bereits (nahezu) erwachsen waren. Die „zweite Generation“ steht hier – ebenso wie in den ersten Jahrzehnten der Identitätsarbeit der Vertriebenen selbst – im Hintergrund. Inzwischen, da diese Generation der als Kinder Vertriebenen in das klassische Alter biografischer Bilanz und Reflexion kommt, ist auch die Forschung auf die „Kriegskinder“ und Vertreibungskinder aufmerksam geworden.⁶⁷

Beklagt wird zudem die Dominanz von Texten in der Überlieferung: „Authentische Bilder als Zeugnisse dieser Schicksale, Photographien und Filme, sind nur wenige vorhanden. Über 'Flucht und Vertreibung' wurde vor allem geschrieben [...]. Das Gedächtnis an 'Flucht und Vertreibung' ist vor allem ein schriftliches Gedächtnis, das Erinnern war vor allem die Suche nach Worten.“⁶⁸

Schließlich stößt man mit der Überlieferung öffentlicher Archive auch auf Probleme, wenn man bestimmte Einzelschicksale nachvollziehen will. Ich hatte ursprünglich vor, als Testfall für die Überlieferung zu Einzelschicksalen Recherchen zu meiner 1945 aus Pommern geflohenen Großmutter anzustellen. Die Voraussetzungen wären insofern günstig gewesen, als ich im Besitz ihrer schriftlichen Lebenserinnerungen und damit einer Gegenüberlieferung bin. Das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag hat sich hier allerdings als recht ungünstig erwiesen, zumal Fallakten von Personen, deren Nachname nicht mit D, O oder T beginnt, in der Regel vernichtet sind.

Allerdings ist das nicht unbedingt ein Spezifikum der Überlieferung zu Vertriebenen. Die Verfolgung von Einzelschicksalen anhand von behördlichen Unterlagen ist durchaus auch für die bundesdeutschen Gebiete kein triviales Unterfangen und nicht unbedingt besser möglich als bei den Vertriebenen.⁶⁹

3.3 Kirchliche Überlieferung

Neben den Vertriebenenorganisationen stellen die Kirchen die wichtigste Quelle für die nichtöffentliche Überlieferung dar. Sie spielten für die Betreuung und die Integration der Vertriebenen eine überragende Rolle.⁷⁰ Im organisatorischen Vakuum, das das alliierte Koalitionsverbot für die Vertriebenen erzeugte, boten die Kirchen den Vertriebenen zunächst als einzige Organisationen eine entsprechende Plattform; dem landsmannschaftlichen Zusammenschluss kamen dabei gerade die regional-landeskirchlichen Strukturen der evangelischen Kirche entgegen, die entsprechende „Hilfskomitees“ für die einzelnen Volksgruppen organisierte. Auch waren die Kirchen die wichtigsten nichtstaatlichen Träger sozialer Hilfen für die Flüchtlinge. In allen kirchlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen engagierten sich die Kirchen für Flüchtlinge: von der Seelsorge über die spezielle Integration und Beauftragung der „Ostpfarrrer“, die „evangelische Siedlungsbewegung“ oder die böhmische katholische Ackermann-Gemeinde bis zu kirchlichen Hilfsstellen und den regulären Einrichtungen der Diakonie und der Caritas. Die Zahl und Struktur der kirchlichen Hilfsdienste für Vertriebenen ist kaum zu überschauen.

Eine zentrale Bedeutung kommt den Kirchen auch deshalb zu, weil sich die Vertriebenen als Gruppe oft auf konfessioneller Ebene am besten fassen lassen. In vielen Gebieten Deutschlands, und in Baden-Württemberg besonders, erwies sich die Integration von Flüchtlingen als Hauptmotor konfessioneller Mobilität und Durchmischung. Viele, vor allem kleine, rein evangelische Orte bekamen erst mit den Flüchtlingen eine katholische Gemeinde und andersherum. Entsprechend spielte die Konfession in solchen Gebieten für den Flüchtlingsalltag zwischen Konflikt und Konsens eine große Rolle. Die in den Pfarr- und Dekanatsarchiven sowie in Ortsakten, Kirchenbauakten, Stellenakten und Visitationsberichten greifbare Überlieferung zu solchen Gemeinden ist für die Geschichte der Vertriebenen unerlässlich.

⁶⁶ Vgl. Hetzer 2000: 419f.

⁶⁷ Vgl. z.B. Lorenz 2003; Bode 2004; Hirsch 2004 sowie eine ganze Reihe an Erinnerungsbüchern. Vgl. auch Kailer 2005: 260.

⁶⁸ Hahn/Hahn 2005, 333.

⁶⁹ Zu biografischen Quellen vgl. Treffeisen 2004.

⁷⁰ Vgl. die Standardwerke Rudolph 1984/85 und Bendel 2003; Bendel/Janker 2005; außerdem Weiß 2001: 245ff.

Die kirchliche Überlieferung ist dabei kaum weniger zersplittert und kaum besser überschaubar als die staatliche. Dass bestimmte Vertriebenengruppen vorwiegend in den Archiven nur einer Konfession zu fassen sind, liegt auf der Hand – Pommern etwa vorwiegend in evangelischen, die Oberschlesier eher in katholischen Archiven. Kirchliches Schriftgut wird aber zudem dezentral überliefert. Es überzeugt deshalb nicht, wenn Parisius/Pult für ihre Übersicht von „Quellen zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen“ fast nur die relevanten landeskirchlichen Zentralarchive (hier auch nicht alle betroffenen) und Bistumsarchive auswerten.⁷¹

Die Bestände einzelner Organisationen sind auf zentraler Ebene überliefert, so etwa die der Kirchlichen Hilfsstelle München im BA (Z 18) oder ausgesprochen reichhaltige Bestände des Evangelischen Zentralarchivs in Berlin.⁷² Andere große kirchliche Einrichtungen betreiben neben regionalen Archiven eigene Zentralarchive wie z.B. das Archiv des Diakonischen Werkes in Berlin oder das des Caritasverbandes in Freiburg. Viele auch überregional tätigen kirchlichen Vertriebenenorganisationen haben ein eigenes Archiv oder, noch problematischer, lediglich eine Ablage. Dazu gehört etwa die Ackermann-Gemeinde, das Institut für Kirchengeschichte Böhmen-Mähren-Schlesien sowie die Ostpriesterhilfe in Königstein, die Apostolische Visitatur Breslau in Münster oder das St. Gerhardswerk in Stuttgart.

Damit nicht genug: Auch auf und unterhalb der landeskirchlichen bzw. Diözesanebene bleibt die kirchliche Überlieferung zersplittert. In der Regel finden sich in den landeskirchlichen Archiven entsprechende Betreffe in den Unterlagen der Kirchenleitung.⁷³ Diese Unterlagen bilden – jedenfalls im untersuchten Stuttgarter Fall – vor allem in der ersten Zeit nach 1945 eine sehr dichte Überlieferung, die auch durchaus bis auf die Ebene von Einzelfällen reicht. Später – mit dem Abklingen der sozialen Bedürftigkeit – werden die Materialien allgemeiner. Noch dichter an lokale Lebenswelten reichen unter Umständen die Materialien in den Dekanats- und Pfarrarchiven, die in Stuttgart, soweit möglich, zentral gelagert und erschlossen werden sollen (in anderen Landeskirchen ist das anders). Soziale Fragen im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsproblem sind einigermaßen in der Überlieferung des Diakonischen Werks (LKA Stuttgart L) zu fassen. Aber die meisten kirchlichen Werke und Einrichtungen liefern nicht an die landeskirchlichen und Diözesanarchive ab, sondern archivieren selbst und werden im besten Fall von den kirchlichen Archiven betreut. Auch in diesen Beständen sind durchaus noch Unterlagen zu Vertriebenen zu vermuten.

Hier zeigt sich aber ein ähnliches Problem wie auf der staatlichen Ebene: Die Überlieferung auf der zentralen (landeskirchlichen oder Diözesan-) Ebene mag reichhaltig sein und hinreichend erschlossen; die kirchliche Archivlandschaft ist aber so zersplittert und unübersichtlich und überdies an der Peripherie so wenig erschlossen, dass das die Zugänglichkeit enorm erschwert.⁷⁴ So gibt es im Landeskirchlichen Archiv Stuttgart bislang noch keine Übersicht über die der Archivaufsicht unterstehenden Schriftgutbildner, den Zustand der jeweiligen Registraturen oder gar den Charakter der entsprechenden Bestände. Die Situation auf katholischer Seite ist ähnlich.

Immerhin gab es auf katholischer Seite seit 2002 einige Anstrengungen, die Überlieferung zu den Vertriebenen und der Vertriebenenenseelsorge zu koordinieren; dazu gehörte die Organisation einer entsprechenden Konferenz sowie die Gründung eines Runden Tisches, der sich dieser Aufgabe widmen

⁷¹ Parisius/Pult 1998: 623ff.. Immerhin wird auch das diakonische Werk berücksichtigt. Zur kirchlichen Archivsituation in Deutschland vgl. Bundeskonferenz der Kirchlichen Archive in Deutschland 1991; Adressbuch für das katholische Deutschland; Otte 1997.

⁷² Dazu gehören u.a. Kirchenbücher aus den Vertreibungsgebieten, ebenso Pfarrakten, Protokollbücher, Chroniken; die Bestände Ostkirchenausschuss, Kirchendienst Ost, Hilfskomitees für verschiedene Vertriebenengruppen, Sammlung historische deutsche Ostgebiete, Personenstandsunterlagen aus dänischen Flüchtlingslagern, Berliner Konvent der Hilfskomitees der zerstreuten Ostkirchen, Beauftragter des Rates der EKD für Umsiedler- und Vertriebenenfragen, Dokumentation „Evangelische Kirche und Vertriebene“, Nachlass Gerhard Gülzow und einschlägige Unterlagen von Kirchenkanzlei der EKD, Kirchenamt der EKD und Evangelischem Oberkirchenrat.

⁷³ Im Archiv der Württembergischen Landeskirche sind das etwa die Aktenzeichen 529b (Flüchtlingshilfe) und 530b (Ostpfarrrer Finanzausgleich) des Bestandes A 126. Konkrete Angaben beziehen sich im Folgenden i.d.R. auf das Archiv der Württembergischen Landeskirche in Stuttgart und das Erzbischöfliche Archiv Freiburg.

⁷⁴ Es ist bezeichnend, dass schon in vierter Auflage ein „Handbuch des Kirchlichen Archivwesens“ existiert, dessen erster Band die evangelischen zentralen und landeskirchlichen Archive verzeichnet. Ein zweiter Band mit den kirchlichen Werken wurde bereits mehrfach angekündigt, konnte aber bislang nicht realisiert werden.

soll. Für wirksame Übernahmeaktionen oder die angemahnte Schaffung einer thematischen Gesamtübersicht, so Stephan Janker, fehlen allerdings die Mittel; hier seien projektbezogene Sondermittel nötig, die es einzuwerben gelte.⁷⁵

3.4 Verbände und Organisationen

Es stellt sich nun die Frage, inwieweit die nichtöffentliche Überlieferung die der öffentlichen Stellen ergänzen kann und die skizzierten „weißen Flecken“ ausfüllen kann. Das Feld tatsächlicher oder potentieller Überlieferung zu den Flüchtlingen und Vertriebenen ist praktisch nicht überschaubar. So war ursprünglich geplant, für die Übersicht über baden-württembergische Archivbestände zu den Vertriebenen (Beer 1994b) in einem zweiten Band die nichtöffentliche Überlieferung aufzuführen. Diesen Plan hat der Bearbeiter inzwischen als nicht realisierbar verworfen. Entsprechend kann hier das Feld auch nur sehr grob abgesteckt werden.

Als wichtigste Ergänzungsüberlieferung bietet sich hier die von Vertriebenenorganisationen an. Die Vertriebenen organisierten sich in einer Vielzahl von Verbänden, Vereinen, Gruppierungen, losen Netzwerken, Parteien usw. Grob lassen sich die (weltlichen) Vertriebenenorganisationen wie folgt kategorisieren:⁷⁶ Nach ihrer gemeinsamen Herkunft organisierten sich auf unterschiedlichen Ebenen die Landsmannschaften, die vor allem politische und kulturelle Interessen hatten. Daneben bestanden übergreifende Interessenverbände, die überwiegend soziale und wirtschaftliche Zielsetzungen verfolgten. Letztere schlossen sich zu Landesorganisationen und 1949 dann zu einem *Zentralverband vertriebener Deutscher (ZvD)* zusammen; die Landsmannschaften gründeten im selben Jahr den Dachverband der *Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften*, der 1952 zum *Verband der Landsmannschaften* wurde. Erst 1958 entstand aus dem Zusammenschluss von Landsmannschaften und Interessenverbänden der *Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände*. Auf regionaler und lokaler Ebene bestanden sowohl landsmannschaftliche Vereinigungen als auch Untergruppierungen des BdV.

Daneben verstand sich der BHE (später GB/BHE) als Vertriebenenpartei, ohne die politische Betätigung der Vertriebenen auch nur annähernd monopolisieren zu können.⁷⁷ Unter dem alliierten Koalitionsverbot entstanden zudem „Tarnorganisationen“ der Vertriebenen, wie etwa die *Aufbaugemeinschaft der Kriegsgeschädigten*. Außerdem bestanden kulturelle, soziale und politische Vereine mit speziellen Schwerpunkten, wie der rechtskonservative Witiko-Bund, die Künstlergilde Esslingen e.V., die Seliger-Gemeinde („Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“) u.a.⁷⁸

Die Verbände- und Organisationslandschaft der Vertriebenen ist äußerst komplex. Für einige Teilbereiche hat man Schneisen in das Dickicht der Organisationen geschlagen: So gibt es zur Kulturgutarbeit, zur Vertriebenenpresse und z.B. für das Land Hessen entsprechende Handbücher bzw. Adressbücher.⁷⁹

Die Überlieferungssituation all dieser Verbände ist höchst unterschiedlich und unübersichtlich.⁸⁰ Albert Feiber kommt zu dem Ergebnis: „Sehr wenig ist [...] bekannt über den Verbleib der Akten der Vertriebenenverbände, von Flüchtlingsvereinen und Privatpersonen, deren Überlieferung erheblich vom Zufall abhängig war.“⁸¹ Nur wenige Vertriebenenorganisationen haben ein eigenes, (mehr oder weniger) öffentlich zugängliches Archiv. Das wichtigste ist sicher das Sudetendeutsche Archiv in München. Die kleineren Landsmannschaften haben sich hier in der Vergangenheit der Öffentlichkeit gegenüber wenig kooperativ gezeigt.⁸² Vom GB/BHE gibt es nur noch verstreut in einzelnen Nachlässen Unterlagen.⁸³

⁷⁵ Vgl. Janker 2005.

⁷⁶ Zu Vertriebenenorganisationen vgl. z.B. Eberl 1994; Weiß 2001; Ahonen 2003; Stickler 2004.

⁷⁷ Vgl. Neumann 1968.

⁷⁸ Vgl. Weiß 2001: 54ff.

⁷⁹ Vgl. Chmielewski/Hagelweide 1982; Kuhn 1985; Innenministerium BW 1987; Innenministerium BW 1988; Kessler 1989; Winkler 1998.

⁸⁰ Vgl. hierzu v.a. Feiber 2000.

⁸¹ Feiber 2000: 427.

⁸² So Feiber 2000: 431.

⁸³ Vgl. Winkler 1998: 7f., wo die Existenz eines hessischen Überlieferungssplitters erwähnt wird; außerdem findet sich BHE-Material im Nachlass des Parteivorsitzenden Gerhard Schuchart im Archiv für Christlich-Soziale Politik in Mün-

Bezeichnenderweise gibt es nur wenige Studien, die wesentlich auf der Überlieferung von Vertriebenenverbänden beruhen.⁸⁴

In der Regel obliegt die Geschäftsführung in den Landsmannschaften und ihren Regionalorganisationen Ehrenamtlichen, inzwischen meist älteren Menschen. Kontakt zu hauptamtlich besetzten Archiven ist in der Regel nicht gegeben. Das birgt für die Überlieferung in diesem Gebiet einige Gefahren und hat auch schon dazu geführt, dass Unterlagen gewollt oder ungewollt vernichtet wurden.⁸⁵

Einige staatliche oder staatlich finanzierte Archive haben Verbandsnachlässe übernommen; dies ging aber nicht selten auf Zufälle zurück. Am ehesten haben vielleicht das Bundesarchiv und das „Archiv für Dokumentation“ im LA NRW HStAD Verbandsnachlässe systematisch übernommen. Der Überlieferungszufall und gelegentlich bewusste Sammlungspolitik hat auch in die Kommunalarchive den einen oder anderen Bestand gelangen lassen.⁸⁶

3.4.1 Abbildqualität der Überlieferung nichtöffentlicher Stellen

Die Frage nach der Abbildqualität der Verbandsüberlieferung ist generell schwer zu beantworten. Natürlich sind die Verbandsnachlässe eine „Quellengruppe ersten Ranges“⁸⁷. Sie geben Aufschluss über zentrale Aspekte der Lebenswelten Vertriebener, vor allem über ihre Selbstorganisation zur Wahrung sozialer, wirtschaftlicher, kultureller und politischer Interessen. Sie erlauben Rückschlüsse auf die Tätigkeit von Vertriebenen als Vertriebene oder „Berufsvertriebene“, über die Freizeitgestaltung und kulturelle Selbstrepräsentation,⁸⁸ über politische Kontroversen und Stellungnahme, über das organisatorische und finanzielle Gefüge der Verbände, personelle Netzwerke, Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und staatlichen Stellen usw.

Bei der Verbandsüberlieferung zeigt sich aber ein Problem besonders deutlich, das archivistische Überlieferung ganz allgemein betrifft, auch die staatliche: Wenn Überlieferung zu den Heimatvertriebenen gebildet wird, kann sie deren Lebenswelten nur insoweit dokumentieren, als sie *als Heimatvertriebene* auftreten. Das ist ein grundsätzliches hermeneutisches Problem, dem allenfalls mit biografischer Forschung beizukommen ist. Auch kann die Überlieferung zu Vertriebenen kaum die Einflüsse deutlich machen, die deren Integration auf die Aufnahmegesellschaft gehabt hat – Migration ist ja kein einseitiger Prozess.

Im Falle der Heimatvertriebenen und ihrer Selbstorganisation, besonders nach den ersten Integrationserfolgen, führt das zu einer signifikanten Verzerrung. Je mehr die Vertriebenen wirtschaftlich und sozial integriert waren und je mehr sich ihre Vertretung auf den politischen und kulturellen Bereich beschränkte, umso weniger repräsentativ werden die Quellen für die Gesamtheit der Heimatvertriebenen. War zunächst das Private das „Reservat des Heimatlichen“⁸⁹ gewesen, wurde später das „öffentliche

chen.

⁸⁴ Vgl. Feiber 2000: 427. Das gilt z.B. auch für Kittel 2007 und mit Einschränkungen für Stickler 2004. Eine gewisse Ausnahme bildet Ahonen 2003.

⁸⁵ Auch der Bestand des Landesverbandes Baden-Württemberg des BdV ist eher zufällig an das LA BW HStAS gekommen, nachdem schon ein Teil der älteren Registratur vernichtet war.

Problematisch ist auch, dass die jüngere Generation der Vertriebenen nicht immer einen ausgeprägten Sinn für den Nutzen historischer Vernetzung zeigt. In Reutlingen ist etwa der Vertreter der Vertriebenen aus dem Geschichtsverein ausgetreten, um die Beiträge zu sparen, obwohl gerade der die Verbindung mit Stadtarchiv und Heimatmuseum sichergestellt hat.

⁸⁶ Dazu gehören u.a. das Archiv der Seliger-Gemeinde (im AdsD), der Bund der Mitteldeutschen NRW, die Stiftung „Gerhart Hauptmann-Haus“ (alle LA NRW HStAD), die Vertretung der heimatvertriebenen und mitteldeutschen Wirtschaft NRW bzw. Bayern (LA NRW HStAD bzw. HStA München), der Ostpolitische Deutsche Studentenverband e. V. (BA B 290), die Forschungsstelle für Nationalitäten- und Sprachenfragen (BA B 241), die Notgemeinschaft umsiedlungswilliger Heimatvertriebener (BA B 125), der Bund der Mitteldeutschen (BA B 286), die Kirchliche Hilfsstelle München (BA Z 18) sowie ein Teil der Überlieferung des BdV (BA B 234). Das Kreisarchiv Reutlingen hat auf Vermittlung des Stadtarchivs Reutlingen den Nachlass des BdV-Kreisverbandes Reutlingen übernommen.

⁸⁷ Kailer 2005: 241.

⁸⁸ Ein Beispiel dafür sind etwa die ausführlichen Regieanweisungen für Veranstaltungen der Vertriebenen bei den Tagen der Heimat oder den Heimattagen Baden-Württemberg (vgl. LA BW HStAS Q 3/51 Bü 25).

⁸⁹ Fendl 1996: 85.

Heimweh⁹⁰ sichtbar: „Die Erinnerung an die alte Heimat verdichtete sich bei ihrer Veröffentlichung auf wenige Versatzstücke einer als verloren beschriebenen Kultur.“⁹¹ Die Vertriebenen, die in der Presse, in Verbänden oder in Parteien als Vertriebene auftraten, taten dies in der Regel mit einer vom politisch unauffälligen Gesamtprofil dieser Bevölkerungsgruppe deutlich abweichenden Schlagseite nach rechts. Sie diskutierten Themen und vertraten Thesen, die so nicht für die Vertriebenen an sich stehen konnten. Daneben gab es immer auch noch einen Diskurs der „anderen“ Vertriebenen, der aber in der Öffentlichkeit und in den Quellen viel weniger präsent war.⁹² Überdies repräsentiert die Verbandsarbeit auch nur einen sehr kleinen und im Laufe der Zeit immer stereotyper werdenden Teil der Lebenswelten Vertriebener; in späterer Überlieferung erschöpft sich das, zugespitzt gesagt, in der permanenten Organisation symbolischer Selbstrepräsentation in der Form von Vertriebenenfeiern, Tagen der Heimat usw. Dieser Verzerrung muss man sich bei der Überlieferungsbildung bewusst sein, auch wenn man sie nicht ausgleichen kann.

Zum zweiten bringt die skizzierte Überlieferung ein lückenhaftes und recht zufälliges Bild mit sich. Diese Zufälligkeiten und Lücken können nicht ganz kompensiert werden, aber sie müssen mit reflektiert werden. So eignen sich z.B. die BdV-Bestände in der Regel schon grundsätzlich nicht als Gegenüberlieferung zu den Flüchtlingskommissaren und -beauftragten der frühen Nachkriegszeit, weil der BdV eben erst Ende der 1950er Jahre entstand. Beim Landesverband Baden-Württemberg zeigt sich das deutlich; der Großteil des Materials betrifft die 1970er und 1990er Jahre. Der kleine Bestand des Kreisverbands Reutlingen hingegen betrifft vor allem die 1950er Jahre.

Abgesehen von diesen Einschränkungen bildet die Verbandsüberlieferung eine wertvolle Ergänzung zur staatlichen, ist aber wenig systematisch und schon gar nicht vollständig. Angesichts der Altersstruktur in vielen Vertriebenenverbänden besteht Handlungsbedarf, wenn die Überlieferung bedeutender und typischer Vertriebenenorganisationen gesichert werden soll. Dabei müssten nicht nur die Unterlagen der Dachverbände, sondern in Auswahl auch die von landsmannschaftlichen und lokalen Organisationen gesichert werden, da diese im Alltag der Vertriebenen oft stärker verankert waren. Der für viele Heimatvertriebene zentrale aktive Bezug auf die „Heimat“ war in den Dachverbänden ja nur noch sehr abstrakt – in der einenden Erfahrung des Verlusts und in politischen Forderungen – zu greifen, nicht jedoch in der konkreten gemeinsamen (konstruierten) Erinnerung.

Es wäre ein lohnendes Projekt, an konkreten Ereignissen auszuloten, inwieweit staatliche und nicht-staatliche Überlieferung grundsätzlich unterschiedliche Perspektiven vermitteln. Das kann im gegebenen Rahmen allerdings nicht wirklich geleistet werden. Der ursprünglich geplante Beständevergleich von Vertriebenenministerium und Vertriebenenverband im HStAS hat sich alleine schon deshalb als unpraktikabel erwiesen, weil sich die Bestände zeitlich so gut wie nicht überschneiden. Der Bestand, der am ehesten ein Gegenstück zum BdV-Landesverband BW (LA BW HStAS Q 3/51) bildet, ist der des Innenministeriums BW, Abteilung VIII (LA BW HStAS EA 2/811). Beide Bestände sind nicht oder nur cursorisch verzeichnet.

Greift man sich hier ein paralleles Ereignis heraus, wird eine Abgrenzung kompliziert. Man darf sich Staat und Verbände nicht als Opposition vorstellen – es gab hier enge personelle Verflechtungen. Der Ministerialbeamte Stemmler beispielsweise war gleichzeitig Vertriebenenfunktionär. Das kam häufig vor. Auf beiden Ebenen hatten vor allem Sudetendeutsche das Sagen.⁹³ Vertriebenenverband und Innenministerium haben jeweils viel Material zu den „Tagen der Heimat“ und den „Heimattagen Baden-Württemberg“ produziert. Waren die „Tage der Heimat“ ein bundesweit begangener Gedenktag der Vertriebenen im September, mit lokalen Veranstaltungen in den meisten Kreisen und einer Landesveranstaltung auf dem Stuttgarter Killesberg, beging das Land Baden-Württemberg seit 1978, ebenfalls jährlich im September, nach dem Vorbild der „Hessentage“ die „Heimattage Baden-Württemberg“. Dabei bezog man sich ausdrücklich auf die „Tage der Heimat“, die man in das Ereignis integrieren

⁹⁰ Fendl 1996: 85.

⁹¹ Fendl 1996: 88.

⁹² Vgl. Weiß 2001; Hahn/Hahn 2005.

⁹³ Das mag daran liegen, dass die Sudetendeutsche als Gruppe schon vor Flucht und Vertreibung eine gemeinsame Gruppenmobilisierung erlebt haben (etwa in der Sudetendeutschen Partei), im Gegensatz zu den Donauschwaben. Diesen Hinweis verdanke ich Dr. Beer.

wollte. Die Ministerial- und Verbandsüberlieferung zum Beispiel zu den Tagen der Heimat 1979 und den Heimattagen 1979 in Esslingen überschneidet sich in vielem.⁹⁴ Beide liefern ein recht genaues Bild von Organisation und Ablauf der Heimattage, vom Presseecho, von den Bemühungen der Vertriebenen, ihre Themen möglichst flächendeckend auf den Heimattagen zu platzieren, aber auch von den engen und problematischen Verflechtungen zwischen beiden Veranstaltungen und dem Unbehagen, das die Verbände angesichts der landesweiten „Konkurrenz“ empfanden. Zu einem Teil (Einladungen, Abrechnungen, Programme) ist das Material identisch, was sich aus der engen Zusammenarbeit von Ministerium und BdV erklärt. Hier hätte sich die eine oder die andere Überlieferung sicher ausdünnen lassen, wenn das die Erschließung zuließe. Im Detail ergeben sich dann aber doch gewisse eigene Schwerpunkte: auf der staatlichen Seite vor allem bei den finanziellen Fragen sowie bei der grundsätzlichen Konzeption der Heimattage; die „Tage der Heimat“ finden wenig Beachtung. Verbandsinterne Diskussionen und die interne Organisation lassen sich allerdings nur auf der Verbändeebene abgreifen: Während sich z.B. in beiden Beständen die Bemühungen der Vertriebenenorganisationen nachweisen lassen, bei den staatlichen Veranstaltern der Heimattage Vertriebenenanliegen möglichst wirksam zu platzieren und gegen die Okkupierung des Tags der Heimat zu protestieren, findet sich im BdV-Nachlass die aufschlussreiche Nachbesprechung, die mit einer Umfrage zum schlechten Besuch der BdV-Veranstaltung auf dem Killesberg die internen Erosionsprozesse zutage fördert.

Vielleicht geht es grundsätzlich nicht nur um unterschiedliche Archivalien in nichtstaatlicher und staatlicher Überlieferung; viele Schriftstücke wird man wenigstens prinzipiell auf der einen wie auf der anderen Seite finden können. Einen wichtigen Unterschied macht eben auch die Bestandsstruktur aus. Die mitunter gleichen Stücke erscheinen so in einem ganz anderen Kontext und beantworten deshalb auch ganz andere Fragen.

So etwa bei Personennachlässen: Der Nachlass Franz Hamm im Archiv des IDGL ist nicht nur wegen seiner reichhaltigen Überlieferung an sich interessant, auch nicht wegen der umfangreichen Korrespondenz, die man in staatlichen Akten so vergebens suchen wird. Franz Hamm war gleichzeitig Bundesobmann der Landsmannschaft der Deutschen aus Jugoslawien, Vorsitzender des Südostdeutschen Kulturwerks, weltlicher Leiter des Hilfskomitees der Deutschen aus Jugoslawien und Referatsleiter im Bundesvertriebenenministerium. Das Besondere an seinem Nachlass ist eben auch, dass alleine die Struktur des Bestands deutlich macht, wie sehr ineinander verflochten Vertriebenenarbeit war.

3.5 Dokumentationsstellen

Neben die Verbandsüberlieferung treten die teils privaten, teils staatlichen Institutionen und Forschungseinrichtungen, die zur Überlieferungsbildung beitragen sollen.⁹⁵ Bundesweit vielleicht am bekanntesten und bedeutendsten ist das Marburger Herder-Institut, das neben seiner ausgedehnten Forschungs- und Publikationstätigkeit auch dokumentarisch tätig ist. Von besonderer Bedeutung für das Thema sind vor allem die Fotosammlung sowie die Dokumente der Dokumentensammlung (DSHI), vor allem die Nachlässe. Der Schwerpunkt liegt allerdings nicht auf den Vertriebenen, sondern auf den (Vertreibungs-) Gebieten Ostmitteleuropas in Vergangenheit und Gegenwart.

Daneben gibt es eine ganze Reihe größerer und kleinerer Kulturstiftungen, Dokumentations-, Anlauf- und Forschungsstellen, die sich mit der Vertriebenenthematik befassen.⁹⁶ Exemplarisch seien hier die wichtigsten Einrichtungen für Baden-Württemberg genannt. Von zentraler Bedeutung ist das 1976 gegründete, staatlich getragene „Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg“ in Stuttgart, das „Geschichte und Kultur der Deutschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, aus Südost- und

⁹⁴ Vgl. LA BW HStAS EA 2/811 Bü 76/1 und LA BW HStAS Q 3/51 Bü 15 und 25.

⁹⁵ Für ein allgemeines Verzeichnis vgl. Teich 1978; für Bibliotheken vgl. Chmielewski 1994.

⁹⁶ Für die größeren Kulturstiftungen vgl. Reichert-Flögel 1985. Entsprechende Verzeichnisse auf <http://www.bund-der-vertriebenen.de/infopool/kultur1.php3> und <http://www.kulturstiftung-der-deutschen-vertriebenen.de/links.html>. Das reicht von vor allem für kulturelle Arbeit zuständigen Verbänden (z.B. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen) über eine ganze Reihe wissenschaftlicher Einrichtungen (z.B. das BKGE) bis zu Forschungs- und Dokumentationsstellen für thematische (z.B. Institut für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte, Regensburg) oder regionale (z.B. IKGN) Schwerpunkten.

Osteuropa [...] vermitteln sowie die Begegnung, Aussprache und gegenseitige Information [...] fördern⁹⁷ will, Ausstellungen, Kulturveranstaltungen, Fortbildungen usw. organisiert, über eine große Bibliothek verfügt und einige relevante Organisationen beherbergt.

Das dichteste Netz von (sämtlich staatlich getragenen) Einrichtungen besteht im Bereich der donauschwäbischen Institutionen; dazu zählt das 1970 eingerichtete „Haus der Donauschwaben“ in Sindelfingen, das sich als Begegnungsstätte versteht, eine Bibliothek unterhält, die Landsmannschaft und einige weitere Organisationen beherbergt. Hier wird allerdings kaum archivische Überlieferung verwahrt. Anders ist das beim 1987 gegründeten IDGL in Tübingen, das einen Auftrag zur wissenschaftlichen Forschung sowie zur Dokumentation hat und demnach auch über ein Archiv verfügt, in dem Sammlungen, Personen- und Verbandsnachlässe sowie gelegentlich Einzelarchivalien archiviert werden.⁹⁸ Für museale Überlieferung ist dagegen das 2000 eröffnete Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm zuständig. Die Donauschwäbische Kulturstiftung schließlich befasst sich mit der Förderung der deutschen Kultur in Ungarn, Rumänien und dem ehemaligen Jugoslawien.

Von einiger Bedeutung für die archivische Überlieferungsbildung sind zudem die Bestände des Freiburger Johannes-Künzig-Instituts⁹⁹, das 1950 als „Forschungsstelle für die Volkskunde der Heimatvertriebenen“ von Johannes Künzig gegründet und 1964 als „Institut für ostdeutsche Volkskunde“ vom Land übernommen wurde. Hauptsächlich betreibt es volkskundliche Forschung und dokumentiert die Alltagskultur der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa. Von besonderer Bedeutung sind hier die Bibliothek mit ihrer Sammlung von Ortsmonografien und Heimatblättern, das Tonarchiv mit aufgezeichneten Interviews, das Bildarchiv, persönliche Nachlässe sowie weitere volkskundliche Sammlungen.

Es zeigt sich also, dass alleine die staatlichen Einrichtungen in Baden-Württemberg (dazu kommt noch das der Universität Heidelberg angegliederte Siebenbürgen-Institut mit umfangreichen archivischen Beständen sowie das vom Land mitfinanzierte und von der Stadt Karlsruhe mitgetragene Karpantendeutsche Kulturwerk Slowakei, ebenfalls mit Archivbeständen) ein dichtes Netz an auch dokumentierend tätigen Stellen mit hoher fachlicher Kompetenz bilden. Gerade im Hinblick auf die Alltagskultur vor der Vertreibung vermögen die hier gesammelten Materialien einige Lücken der behördlichen Überlieferung zu schließen.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist auch die Überlieferung an gedrucktem Material. Vieles, was in behördlicher oder privater Aktenüberlieferung nur mühsam oder gar nicht greifbar ist, und vieles, was oben unter dem Rubrum „weiße Flecken“ geführt wird, lässt sich in der unüberschaubaren Flut von Zeitungen und Zeitschriften, Heimatblättern, Broschüren und anderer grauer Literatur, in Büchern, Erinnerungen, Ortsgeschichten, veröffentlichten Befragungen und wissenschaftlichen Projekten sehr viel präziser fassen.¹⁰⁰ Deshalb ist ein Überlieferungsverbund ohne die Einbeziehung von Bibliotheken und vor allem Spezialbibliotheken¹⁰¹ kaum sinnvoll. Dafür sind die großen Dokumentationsstellen als Anlaufstelle ebenso geeignet wie für die Einbeziehung von den Materialien bestimmter Forschungsprojekte.

Publikationen und graue Literatur sind für die Überlieferung von solchem dokumentarischem Wert, dass die Archive, wenn sie keinen geeigneten bibliothekarischen oder dokumentarischen Partner finden, hier hilfswise tätig werden müssen. Eine gut erschlossene Sammlung grauer Literatur kann überdies die aufwändige Einwerbung des einen oder anderen Verbandsnachlasses erübrigen.¹⁰²

Neben die großen staatlichen oder auch privaten Dokumentationsstellen treten schließlich noch kleinere, spezialisierte Institutionen, die sich nicht ausdrücklich mit Vertriebenen beschäftigen, aber dennoch wichtiges Material bergen oder wenigstens bergen könnten. Zu denken wäre dabei an Einrichtun-

⁹⁷ So die Selbstdarstellung auf der Homepage (<http://www.hdhbw.de/>).

⁹⁸ Zum Archiv vgl. Beer 1998.

⁹⁹ Vgl. hierzu Retterath 2005.

¹⁰⁰ Vgl. zur Presse z.B. Chmielewski/Hagelweide 1982; Weiß 2001; Kailer 2005: 240. Weiß konstatiert: „Das mit Abstand wichtigste Kommunikationsmittel für die Vertriebenen waren – und sind teilweise heute noch – die zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften“ (Weiß 2001: 257). Zu Heimatbüchern vgl. das Verzeichnis Hemmerle 1996.

¹⁰¹ Vgl. Teich 1978.

¹⁰² Vgl. Häusler 2006.

gen wie Sportarchive (etwa das Institut für Sportgeschichte in Maulbronn), das Deutsche Spracharchiv in Mannheim oder andere.

3.6 Kompensation von Überlieferungslücken

3.6.1 Flucht und Vertreibung als Erinnerungsort

Die im Zuge einer jüngeren medialen Renaissance des Themas „Flucht und Vertreibung“ immer wieder aufgestellte Behauptung, dieses Thema sei ein Tabuthema gewesen, ein beschwiegenes Thema, gilt allenfalls für ein bestimmtes Milieu und für einen bestimmten Zeitabschnitt.¹⁰³ Möglicherweise spricht die inzwischen in der Öffentlichkeit hauptsächlich wahrgenommene zweite Vertriebenengeneration hier eher von sich selbst – sie waren die Schweigenden. Insgesamt stimmt diese These eben nicht, so Eva und Hans-Henning Hahn: „Kaum eine andere kollektive Erinnerung wurde mit so viel Nachdruck in der Bundesrepublik gehegt und gepflegt wie die an 'Flucht und Vertreibung'“. Es handele sich hier um einen „lieu de mémoire par excellence“¹⁰⁴. Das gilt freilich nur für die alte Bundesrepublik – in der DDR war von den „Umsiedlern“ bald kaum mehr die Rede.

Die Erinnerungspolitik zum historischen deutschen Osten wurde staatlicherseits beständig gefördert. Der Staat sah sich in die Pflicht genommen, die Integration der Heimatvertriebenen auch kulturell und erinnerungspolitisch zu flankieren und entsprechende Bemühungen zu unterstützen. Grundlage dafür war zunächst das BVFG, in dem der Staat langfristig explizit Verantwortung für das kulturelle Erbe der Vertriebenen übernahm.¹⁰⁵ Diese Bestimmung hatte kaum zu überschätzende Auswirkungen auf die Überlieferungsbildung bei den Vertriebenen.

Auf Länderebene und kommunaler Ebene geschah das in der Regel mittels Patenschaften, die viele westdeutsche Länder für bestimmte Volksgruppen oder Kommunen für eine Gemeinde aus den Vertreibungsgebieten übernahmen.¹⁰⁶ Baden-Württemberg etwa übernahm 1954 eine Patenschaft für die Volksgruppe der Donauschwaben, 1965 für Berlin und die Mark Brandenburg sowie 1979 für die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Reutlingen übernahm 1953 die Patenschaft für die vertriebenen Deutschen aus dem schlesischen Schweidnitz (Świdnica) und 1976 für die aus Franzfeld und Neu-Pasua, Esslingen 1979 die Patenschaft für die Vertriebenen aus Krummau (Český Krumlov).

Das mögliche Tätigkeitsfeld für solche Patenschaften war sehr groß. Das konnte von der Vergabe einschlägiger Namen für lokale Straßen, Plätze oder Gebäude über Kulturförderung, die Organisation kultureller Veranstaltungen, die Einrichtung einer Heimatstube oder den Bau eines Heimathauses bis hin zum Bau von Siedlungen reichen.¹⁰⁷

3.6.2 Traditionsbildung und Heimatstuben

Die oben skizzierten Überlieferungslücken suchten die Vertriebenen auch in eigener Initiative zu schließen. Vor allem der Rückbezug auf die alte Heimat und in zweiter Linie der Rekurs auf Flucht und Vertreibung standen dabei im Vordergrund. Das hatte sicher innen- und außenpolitische Gründe, diente aber auch der Selbstvergewisserung und der Bewältigung des Heimatverlustes.

¹⁰³ Diese These war z.B. das heimliche Leitmotiv der Sendung „Sabine Christiansen“ am 4. März 2007. Zu Flucht und Vertreibung als „Erinnerungsort“ vgl. Hahn/Hahn 2005; mit gewisser Neigung zur Tabu-These auch Kittel 2007.

¹⁰⁴ Beides Hahn/Hahn 2005: 332.

¹⁰⁵ Einschlägig ist hier § 96 BVFG: „Bund und Länder haben entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und auszuwerten, sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. Die Bundesregierung berichtet jährlich dem Bundestag über das von ihr Veranlaßte.“

¹⁰⁶ Zu den Patenschaften vgl. z.B. Innenministerium BW 1987; Reichert-Flögel 1989; Bay. Staatsmin. o.J.; Kittel 2007: 97ff.

¹⁰⁷ Vgl. die entsprechenden Richtlinien des Verbandes der Landsmannschaften sowie des Deutschen Städtetages und des Deutschen Landkreistages (Reichert-Flögel 1989: 71ff.).

In dem Feld zwischen privater Initiative und staatlichen Aktivitäten entstand eine Unzahl von Initiativen, die sich der Bewahrung von Kulturgut widmeten. Gerade sie machen dieses Feld der Überlieferung so reichhaltig und so reizvoll.

An vorderer Stelle stehen die Ego-Dokumente und Erinnerungen, die im gesamten Nachkriegszeitraum auf vielfältigste Weise entstanden und überliefert wurden: vielfach publiziert, mit mehr oder weniger literarischem und dokumentarischem Anspruch, oft nur für den kleinen Kreis niedergeschrieben (wie im Falle meiner Großmutter), von staatlicher Seite erhoben (wie bei der „Ostdokumentation“), auf Tonband gesprochen (wie für das Johannes-Künzig-Institut) oder nur im Familienkreis erzählt.¹⁰⁸

Klassischer Ausdruck der erinnerungspolitischen Selbstrepräsentation war zudem die Einrichtung von „Heimatstuben“, in denen unterschiedliches Material aus den Vertreibungsgebieten gesammelt wurde. Die Beispiele Esslingen und Reutlingen können hier wohl als typisch gelten: Meist Initiativen einzelner oder weniger Personen, beschränken sie sich oft auf bestimmte Herkunftsorte und wurden in den Stadtmuseen der jeweiligen Partnergemeinden gezeigt. Heute sind die Heimatstuben längst nicht mehr alle ohne Weiteres zugänglich.¹⁰⁹

Ein 1983 erstmals erschienenes Verzeichnis solcher Einrichtungen alleine für die Sudetendeutschen¹¹⁰ gibt einen guten Eindruck von der dort entstandenen Überlieferung: Vor allem Artefakte – museale Gegenstände, Kunsthandwerk und Gebrauchsgegenstände – werden dort ausgestellt. Dazu kommt nicht selten eine Bibliothek bzw. eine Druckschriftensammlung bzw. ein „Archiv“. Im „Archiv“ findet sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – kein provenienzbezogenes Schriftgut, sondern oft eine Sammlung pertinenzorientierter Einzelstücke, oft Material aus dem 19. Jahrhundert und früher: Kirchenbücher, Urkunden, Verträge, Gesellenbriefe, Zunftbriefe usw.¹¹¹

Die Heimatstuben gelten als klassische „Antwort auf den Heimatverlust [... mit einem] eigentümlichen Doppelcharakter von strenger Konzentration und lockerer Diffusheit.“¹¹² Zwar finden sich dort wichtige und oft singuläre Überreste der deutschen Alltagskultur in Mittel- und Osteuropa, aber insgesamt konstituiert diese Überlieferung vor allem eine imaginierte und überformte Vergangenheit, eine konstruierte – heile – Tradition und sagt mehr über das Selbstbild der Heimatvertriebenen aus als über ihr Leben vor Flucht und Vertreibung. Aber auch das macht sie überlieferungswürdig.

3.7 Archivische Überlieferungspolitik – thematische Arbeit?

Die Ausrichtung der bislang aufgeführten Schriftgutbildner und -verwahrer ist durchaus unterschiedlich. Die Verbandsarchive und privaten Archive und Registraturen bilden entweder einfach die Überlieferung zu der ihnen zugehörigen Institution oder verstehen sich gar nicht als langfristig bewahrende Einrichtungen. Viele kleinere Initiativen wie die Heimatstuben bestehen aus einem „Sammelsurium von allem und jedem“¹¹³. Die Dokumentationsstellen wiederum betreuen eine Mischung aus Nachlässen und archivischen Sammlungen im engeren Sinn.

Die Rolle des Staates und der Kommunen in diesem Prozess ist zwiespältig. Es gibt nur wenige staatliche oder kommunale Archive, die über die prioritäre Sicherung der eigenen organischen Überlieferung hinaus gezielt und systematisch eine Ergänzungsüberlieferung in diesem Bereich gebildet haben. Dazu gehören das Bundesarchiv und das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, wo man ein besonderes Augenmerk auf Verbandsnachlässe gelegt hat.

Schon themenorientierte Arbeit kann in allen untersuchten kommunalen und kirchlichen Archiven im Grunde kaum geleistet werden. In einigen Archiven, z.B. im Stadtarchiv Reutlingen oder im Landeskirchlichen Archiv Stuttgart, hat man für die Nutzung immer wieder bestimmte Themen bearbeitet – etwa im Zusammenhang mit Jubiläen, Ausstellungsprojekten usw. Zum Teil sind dabei auch sachthe-

¹⁰⁸ Zum Quellenwert der Ego-Dokumente und den quellenkritischen Bedenken vgl. z.B. Kailer 2005: 243ff.

¹⁰⁹ In Reutlingen etwa verschwand die Heimatstube im Zuge des Umbaus des Heimatmuseums im Depot, um bei einer zukünftigen Erweiterung wieder gezeigt werden zu können. Inzwischen hat die Stadt Reutlingen eine Stiftung gegründet, die sich um die Patenschaft zu Franzfeld kümmern soll.

¹¹⁰ Kuhn 1985. Für Baden-Württemberg vgl. Innenministerium BW 1987, für das Bundesgebiet Kessler 1989; Antoni 1990.

¹¹¹ Exemplarisch vgl. Schönhengster Heimatbund e.V. o.J.

¹¹² Rexheuser 1991: 15.

¹¹³ Rexheuser 1991: 15.

matische Inventare entstanden.¹¹⁴ Im Kreisarchiv Esslingen hat man in jüngerer Zeit ein Inventar zur „Wasserkraft“ erstellt, allerdings nur aus eigenem, organisch erwachsenen Material; den Anlass dazu gab die unübersichtliche Überlieferungssituation.

Eine gewisse Ausnahme bildete bislang das Thema „Zwangsarbeit“, das im Zuge der Entschädigungszahlungen in den letzten Jahren die meisten der untersuchten Archive beschäftigt hat und einen Anlass für bestandsübergreifende thematische Arbeit bot. Das Landeskirchliche Archiv Stuttgart will die dabei gewonnenen Erkenntnisse ausdrücklich dafür verwenden, um eine klarere Übersicht über die in seinem Aufsichtsbereich tätigen Einrichtungen und ihre Registraturen bzw. Archive zu gewinnen.

In keinem der untersuchten Archive wird gezielt Ergänzungsüberlieferung gebildet. Von einer Zeitungsausschnittsammlung und ggf. anderen kleineren Sammlungen abgesehen, beruht Ergänzungsüberlieferung, so überhaupt vorhanden, auf Überlieferungszufällen – wobei eine geschickte Netzwerkpolitik dem Zufall freilich auf die Sprünge helfen kann. Die Arbeit in einem Geschichtsverein (wie in Reutlingen) oder mit einer Geschichtswerkstatt (wie in Leinfelden-Echterdingen) kann dabei helfen, entsprechende Kontakte zu knüpfen.

In jedem einzelnen Fall ist dieser Verzicht auf systematische Ergänzungsüberlieferung archivfachlich nachzuvollziehen. Strukturelle und aktuelle Probleme sowie grundsätzliche Erwägungen lassen die Verantwortlichen angesichts der allenthalben beschränkten Ressourcen andere Prioritäten setzen.¹¹⁵ Das ist, wie gesagt, nicht grundsätzlich zu kritisieren, doch wirft ein solcher Befund Fragen auf. Er ist jedenfalls nur schwer zu vereinbaren mit der gerade von Kommunalarchivaren immer wieder vertretenen Ansicht, dass nichtöffentliches Archivgut oft von besonderem Interesse für die Nutzer sei, oder dem im Positionspapier der BKK formulierten Anspruch, „die lokale Gesellschaft und Lebenswirklichkeit umfassend abzubilden, deren Ereignisse, Phänomene, Strukturen im Großen wie im Kleinen zu dokumentieren und dabei der Pluralität des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschehens gerecht zu werden.“¹¹⁶

Man muss, wenn man eine ÜiV anstrebt, sich dieser Grenzen bewusst sein. Der Wille zur archivübergreifenden Kooperation wurde jedenfalls in jedem untersuchten Archiv bestätigt. Aber ohne zusätzliche Mittel oder Hilfe von außen (Archivpflege) wird hier kurzfristig kaum ein systematischeres Vorgehen zu erwarten sein.

3.8 Zwischenbilanz

Will man die Überlieferung zu Heimatvertriebenen insgesamt bewerten, kann man feststellen, dass sie ganz außergewöhnlich reich ist. Es gibt eine lückenarme staatliche Überlieferung. Dazu kommt eine äußerst vielgestaltige und für die ersten Jahre nach dem Krieg umfangreiche kirchliche Überlieferung, ergänzt von den Registraturen und Altbeständen einer komplexen Verbandslandschaft. Schließlich sucht der Bereich historischer und kulturwissenschaftlicher Dokumentation, der privaten und staatlichen Erinnerungsproduktion und der institutionalisierten Sammlung seinesgleichen.

Neben den Verbänden ist es vor allem dieser Bereich, in dem sich das staatliche Bekenntnis der Bundesrepublik zur Verantwortung für die kulturelle Überlieferung der Vertriebenen zeigt. § 96 BVFG bietet die rechtliche Grundlage dafür; die Vielfalt der bestehenden Institutionen zeigt, dass staatliche Förderung und das Engagement Einzelner eine einmalige Infrastruktur geschaffen haben.

¹¹⁴ In Reutlingen waren etwa der 200. Geburtstag Friedrich Lists 1989, 50 Jahre Kriegsende 1995 oder 150 Jahre 1848er-Revolution Anlässe für entsprechende Ausstellungsprojekte. Zur 1848er-Revolution hat man sogar eine Doppelüberlieferung gebildet, indem Dokumente aus staatlichen Archiven mit Reutlinger Betreffen verfilmt wurden, um im Stadtarchiv etwa für archivpädagogische Zwecke zur Verfügung zu stehen (vgl. Knappenberger-Jans 1999). Für all diese Projekte waren zusätzliche Projektmittel bereitgestellt worden.

¹¹⁵ Zu den strukturellen Problemen zählt z.B. ein außerordentlich großes Gebiet für die Archivpflege im Kreisarchiv Reutlingen; zu den aktuellen Problemen die Auflösung des Überlieferungsrückstaus im Stadtarchiv Esslingen, der sich bis zur neulich erfolgten Inbetriebnahme eines zusätzlichen Gebäudes gebildet hat. Das Kreisarchiv Esslingen wiederum setzt bewusst seine Prioritäten bei einer eng gefassten Konzentration auf die Kernaufgaben, was sich in der Tat auch in einer überdurchschnittlich zeitnahen Überlieferung und überdurchschnittlich guten Erschließung niederschlägt.

¹¹⁶ Becker 2005: 87.

Es ist freilich gerade dieser Bereich, der sich der Logik archivischen Denkens am ehesten entzieht. Gerade im Bereich der Heimatstuben ist vieles allzusehr „Tradition“, was die Archive (etwas optimistisch vielleicht) gerne als „Überrest“ überliefern.¹¹⁷ Das kann man aber auch als Chance sehen. Der Rückgriff auf pertinenzorientierte Methoden wie die der Befragung, der Sammlung von Artefakten usw. kann dazu beitragen, die oben skizzierten „weißen Flecken“ etwa im Bereich der Alltags- und Erfahrungsgeschichte kleiner werden zu lassen.

Es gilt, den in der Erinnerungsproduktion verborgenen und inzwischen gefährdeten Reichtum zu bewahren, ohne deren Authentizität zu verabsolutieren, sie also als *Ergänzung* zur klassischen Überlieferung zu interpretieren.

Die großen staatlich getragenen Forschungsinstitute bieten sich hier zur auch informellen Koordination und Steuerung von Überlieferung an. Hier laufen „Community“-Nähe, Kontext- und Fachkenntnis, der Kontakt zur Forschung sowie die Verfügung über halbwegs dauerhaft verlässliche Ressourcen zusammen. Die staatlichen Archive hätten dagegen vor allem die Aufgabe, ihre archivische Kompetenz einzubringen.

3.9 Seitenblick: Überlieferung von Arbeitsmigranten

Der vorige Abschnitt hat gezeigt, wie politisch gewollte und staatlich finanzierte Förderung die Bildung von Überlieferung beeinflussen kann. Die herausgehobene Position der kulturellen Überlieferung Heimatvertriebener war politisch gewollt und für die Integration der Vertriebenen mit Sicherheit auch zweckmäßig. Neben staatlich breit unterstütztem Laien-Engagement hat die staatliche Förderung nicht nur eine Unzahl von publiziertem Material, sondern auch den Aufbau potenter Akteure nach sich gezogen. Die Heimatvertriebenen waren neben und zusammen mit öffentlichen Stellen die bestimmenden Akteure in einer blühenden Gedächtnislandschaft. Insofern bildet das Thema „Vertriebene“ eine Ausnahme.

Anders stellt es sich bei einem aktuelleren Problem dar: der Überlieferung von Arbeitsmigranten, die seit der Anwerbung der ersten Gastarbeiter in den 1950er Jahren zahlreich in die Bundesrepublik kamen.¹¹⁸ Insofern besteht bei der anstehenden Aufgabe, eine repräsentative Überlieferung zu den Arbeitsmigranten zu bilden, ein Problem. Das Thema ist in der Überlieferungsbildung der Archive noch nicht sehr lange angekommen; auch die zeitgeschichtliche Forschung hat es erst in den letzten Jahren wirklich entdeckt.¹¹⁹ Ein Katalysator dafür mag das vielerorts anstehende 50jährige Jubiläum der ersten Anwerbungsverträge gewesen sein.¹²⁰

Eine systematische Erfassung der bisherigen Überlieferung gibt es bislang so gut wie nicht; eine Ausnahme bildet die Zusammenstellung von Quellen zur Arbeitsmigration in Bremen durch die Bremer Historikerin Anne Dünzelmann.¹²¹ Die Überlieferungslandschaft zu diesem Thema ist auch erst im Entstehen, und es wird in diesem Rahmen nicht möglich sein, sie gleicher Weise zu skizzieren wie die zu den Vertriebenen. Es geht hier nur um einen Ausblick vor dem Hintergrund der bisherigen Untersuchung.

Die Überlieferung zu den Heimatvertriebenen erwies sich, wie oben beschrieben, als relativ dicht und vielgestaltig. Das ist bei den Gastarbeitern weniger der Fall. Das hat mehrere Gründe:

1. Der Zuwanderungsprozess setzte erst später ein, in vielen Bereichen (Bau von Wohnraum, religiöse Infrastruktur usw.) reagierte der Staat (und die Einwanderer) verzögert.

¹¹⁷ Vgl. Kretschmar 2006a, 490: „Ziel und Gegenstand archivischer Überlieferungsbildung sind Überreste.“

¹¹⁸ Zu grundlegenden Problemen bei der Überlieferungsbildung zu Immigranten vgl. Jeurgens 2005.

¹¹⁹ Vgl. zuletzt Hunn 2005.

¹²⁰ So hielt die Stadt Esslingen mit der Volkshochschule im Jahr 2006 eine Reihe von Veranstaltungen zur Zuwanderungsgeschichte ab, aus Anlass des 50. Jahrestags der ersten Anwerbung. Das Stadtarchiv Reutlingen erhielt unlängst die Anfrage, wann der erste Gastarbeiter nach Reutlingen gekommen sei – ob hier ein Jubiläum anstehe. Für den noch vorläufigen Status der entsprechenden Überlieferung ist es bezeichnend, dass die Frage nur ungefähr und nur mit Hilfe der Zeitungsbestände beantwortet werden konnte.

¹²¹ Dünzelmann 2001.

2. eher unzuverlässige Überlieferung¹²²
3. zunächst weniger Berührungspunkte zwischen Behörden und Migranten → Material zu Anwerbungen und Aufnahme oft eher in den Archiven der Gewerkschaften, Unternehmen, bei Sozialverbänden usw. zu erwarten¹²³
4. im nichtbehördlichen Bereich: Wegfall der massiven kulturellen Förderung (§ 96 BVFG) – Deutschland nahm sich lange nicht als Einwanderungsland war, geringere öffentliche Präsenz des Themas
5. geringere Selbstartikulation und größere Heterogenität der Betroffenen: meist aus benachteiligten sozialen Schichten kommend, mit eingeschränkten politischen Mitwirkungsmöglichkeiten, sprachlich fremde Umgebung lebend, mit höherer Fluktuation und lange mit der Vorstellung, nur auf Zeit im Land zu sein

Dennoch tut sich auch auf diesem Gebiet einiges. Die Arbeitsmigranten organisieren sich zunehmend selbst. Die Gründung von Ausländervereinen,¹²⁴ der Bau von Moscheen und die Organisation entsprechender islamischer Gemeinden oder die Gründung orthodoxer Metropolen in Deutschland zeugen von einem wachsenden Institutionalierungsgrad ausländischer Existenz in Deutschland. Damit wächst auch die Produktion schriftlicher Überlieferung.

Für die Überlieferungsbildung stellt die Sprachbarriere ebenso wie kulturelle Barrieren ein großes Problem dar. Initiativen zur Sicherung migrantischer Überlieferung sind deshalb besonders zu begrüßen,¹²⁵ besonders, wenn sie aus Migrantenkreisen selbst kommen. Der wichtigste Akteur auf diesem Gebiet ist vermutlich DOMiD.¹²⁶ DOMiD versteht sich also Dokumentationsstelle, die gezielt archivierte und museale Überlieferung zur Arbeitsmigration in Deutschland bildet; langfristig ist die Einrichtung eines Migrationsmuseums geplant. Mit muttersprachlicher Kompetenz, Netzwerkarbeit und intimer Szenekenntnis ist es DOMiD in den letzten Jahren gelungen, eine beeindruckende Sammlung vor allem privater Provenienz aufzubauen sowie eigene Überlieferung (etwa in der Form von Interviews) zu schaffen, die staatlichen Archiven so zunächst nicht zugänglich gewesen wäre. Die Finanzierung des Vereins ist allerdings nach wie vor prekär.

Die Überlieferungsbildung zum Thema „Arbeitsmigranten“ ist also deutlich schwieriger als die zu den Vertriebenen. Dennoch gibt es durchaus Ansätze für eine ÜiV, die unter Umständen auch von den mit den Vertriebenen gemachten Erfahrungen profitieren kann. Erste Überlegungen dazu werden auf dem Deutschen Archivtag in Mannheim 2007 angestellt werden.¹²⁷

¹²² Vgl. Dünzelmann 2001: 12ff., wo gezeigt wird, dass – offenbar in nicht geregelter Verfahren – wichtiges Material kassiert wurde. Von der Überlieferung der städtischen Ausländerbeauftragten ist im Stadtarchiv Reutlingen auch nur ein Splitter ins Archiv übernommen worden, der Rest wurde ohne Kenntnis des Archivs vernichtet. Es ist freilich nicht ganz klar, inwieweit das ein spezielles Problem im Bereich Migration hinweist oder einfach ein generelles Problem der Überlieferungsbildung beschreibt, das sich eben auf einem weniger umfassend dokumentierten Gebiet stärker bemerkbar macht.

¹²³ So z.B. die im AdsD archivierten Unterlagen des IG Metall-Vorstands und seiner Abteilung Ausländische Arbeitnehmer oder die Archive der einschlägigen kirchlichen Stellen und anderer Stellen. Dabei war – jedenfalls in Baden-Württemberg – das Diakonische Werk für Griechen, der Caritasverband für Italiener, Spanier und Portugiesen sowie die Arbeiterwohlfahrt für Jugoslawen und Türken zuständig.

¹²⁴ Vgl. hierzu Lehmann 2001.

¹²⁵ So zum Beispiel das von der Abteilung „SWR International“ des SWR initiierte Ausstellungsprojekt „Zwischen Kommen und Gehen... und doch Bleiben. 'Gastarbeiter' in Deutschland von 1955 bis 1973“, das Dokumentations- und Ausstellungsprojekt des Tübinger Ludwig-Uhland-Instituts „Bewegliche Habe. Zur Ethnografie der Migration“ (D'Ambrosio/Bretz 2003) oder das von der Reutlinger Migrationsbeauftragten initiierte Erzähl- und Ausstellungsprojekt „In der Fremde: HEIMAT. HEIMAT: in der Fremde“ (<http://www.reutlingen.de/content/4/4.7/list.oscms?Section=2254&Article=0&Page=1&menuactive=4&scheme=portal>).

¹²⁶ Vgl. z.B. Matuszewski 2003 sowie die Homepage von DOMiD (<http://www.domit.de/>).

¹²⁷ Vgl. den Call for Papers für den Archivtag (<http://www.archivtag.de/at2007/cfp.pdf>).

4 Schritte zu einer Überlieferungsbildung im Verbund

Im abschließenden Kapitel soll versucht werden, auf der Grundlage der bisherigen Untersuchung herauszuarbeiten, welche Schritte für eine ÜiV nötig sind. Dabei kann es sich nur um vorläufige Überlegungen handeln. Man muss zunächst einmal in der Praxis damit beginnen, um die vorhandenen methodischen Grundlagen verfeinern zu können.

4.1 Infrastrukturelle Voraussetzungen

Eine ÜiV kann umso besser gelingen, je besser die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür sind. Ein Schlüsselwort dafür ist Netzbildung. Die Vernetzung von Archiven muss zum einen auf institutioneller Ebene erfolgen. Hierfür gibt es – vom Arbeitskreis Bewertung im VdA über die Zusammenarbeit im Rahmen der horizontalen und vertikalen Bewertung bis zu regionalen Archivtagen – eine Reihe von Anknüpfungspunkten. Zum Zweiten muss die virtuelle Vernetzung der Archive, etwa in Form von Archivportalen, ggf. sogar mit gemeinsamen Darstellungsstandards, deren Bedeutung für die Nutzung unumstritten ist, auch für die Überlieferungsbildung eine wichtige Rolle spielen.

Die Erarbeitung archivübergreifender thematischer Inventare, wie sie ja für den Bereich der Vertriebenen teilweise vorliegen, ist eine zwar nützliche, aber sehr aufwändige Arbeit, die nicht für jeden thematischen Bereich, in dem eine ÜiV stattfinden soll, geleistet werden kann und soll.

Der Aufbau von Archivportalen ist thematisch flexibel und könnte die Grundlage für jede mögliche Überlegung zur ÜiV bilden. Die bislang bestehenden – meist regional bzw. auf ein Bundesland beschränkten – Archivportale sind von höchst unterschiedlicher Qualität. Während einige Archivportale schon recht weit reichen und auch auf gewissen Standards beruhende umfangreiche Recherchemöglichkeiten bieten,¹²⁸ beschränken sich andere auf Archivinformationen, Kontaktdaten und mehr oder weniger ausführliche Bestandsübersichten.¹²⁹ Wieder andere bieten eine mit knappen Informationen angereicherte Linkliste, teilweise fehlen Archivportale auch ganz.¹³⁰ International gibt es noch weit ehrgeizigere Projekte, wenn man etwa an das britische Access to Archives-Projekt oder die Vorüberlegungen zu einem deutschen und sogar einem europäischen Archivportal denkt.¹³¹

Ein Mindeststandard für Archivportale aus Sicht der Überlieferungsbildung müsste eine möglichst weitreichende Erfassung relevanter Einrichtungen (d.h. auch Museen, Bibliotheken, Firmen oder Verbände mit archivischen Beständen), ausführliche Beständeübersichten sowie Information zu Zuständigkeiten und Kontaktmöglichkeiten umfassen. Eine Volltextsuche bietet natürlich einen erheblichen Zugewinn an Nutzen. Sie ist aber nicht unproblematisch, jedenfalls für den Bereich der Nutzung. Wenn zu wenig Findmittel durchsuchbar sind, ist der Erkenntnisgewinn durch die Volltextrecherche denkbar gering; sind es viele, drohen die Ergebnisse gerade bei ausgedehnten Verbundportalen den Nutzer zu erschlagen. Hilfreich sind differenzierende Suchoptionen. Grundsätzlich besteht jedoch die Gefahr, dass Google-sozialisierten Nutzern eine Vollständigkeit suggeriert wird, die nicht besteht. Unter Umständen wird der Zugang zur letztlich immer noch angemessenen provenienzorientierten Suchstrategie eher versperrt als erleichtert. Für versierte Nutzer hingegen (und, so ist zu hoffen, die mit der Überlieferungsbildung beauftragten Archivare) liefert eine Volltextsuche sicher wertvolle Hinweise auf ansons-

¹²⁸ Allen voran nach wie vor das Archivportal Nordrhein-Westfalens (<http://www.archive.nrw.de/>), aber auch Hessen (<http://www.hadis.hessen.de/>) und neuerdings auch Thüringen (<http://www.archive-in-thueringen.de/>, vgl. hier auch Fischer 2007), erste Ansätze auch in Mecklenburg-Vorpommern (<http://ariadne.uni-greifswald.de/>). Vgl. außerdem das nichtstaatliche Angebot der Firma Augias Data auf <http://www.findbuch.net/>. Zu Archivportalen vgl. auch Bischoff/Schäfer 2006.

¹²⁹ So z.B. Bayern (<http://www.archive-in-bayern.de/>) und das deutlich besser navigierbare Angebot in Baden-Württemberg (<http://www.archive-bw.de/>), das immerhin von einem überzeugenden Auftritt des Landesarchivs begleitet wird (<http://www.la-bw.de/>), oder Sachsen-Anhalt (<http://www.vda.lvsachsen-anhalt.archiv.net/>).

¹³⁰ So etwa in Hamburg, Bremen und Niedersachsen.

¹³¹ Vgl. <http://www.a2a.org.uk/>. Zu den deutschen Plänen vgl. die Vorträge bei der entsprechenden Informationsveranstaltung des Bundesarchivs am 11.05.2006 (<http://www.bundesarchiv.de/aktuelles/fachinformation/00049/index.html>), zu den europäischen Plänen vgl. die entsprechende Präsentation von Angelika Menne-Haritz („Europäische Archivportale“, <http://www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/abteilungen/sapmo/texte/10.pdf>) und Bischoff/Schäfer 2006: 170ff.

ten vielleicht unscheinbare Bestände und ermöglicht es, schneller zu bestimmten Ergebnissen vorzudringen.

Deshalb, aber auch wegen der über nationalstaatliche Grenzen hinausreichenden inhaltlichen Bezüge (gerade beim Thema Migration) empfiehlt es sich, Verbundsaktivitäten nicht auf das Inland zu beschränken.

Hilfreich ist dabei die Verwendung standardisierter (oder mittels Schnittstellen standardisierbarer) Beständebeschreibungs- oder Erschließungsformate. Ein Standard wie EAC/EAD hat neben seiner Universalität beispielsweise den Vorteil, in der Verzeichnungstiefe flexibel und damit auch bei unterschiedlichen Erschließungsressourcen netzwerkfähig zu sein.¹³²

4.2 Bündelung und Delegation von Aktivitäten

Sind die Voraussetzungen für eine Verbundbildung halbwegs geschaffen, gilt es, die Reichweite, Konturen, Themenfelder und Aufgaben eines Verbundes zu definieren und abzustecken. Wenn ÜiV Erfolg haben soll, muss man sich dessen bewusst sein, dass sie nicht umfassend sein kann. Wer einen echten Verbund schaffen will und nicht nur rhetorisch Verantwortung abgeben will, braucht ein gewisses Maß an Verbindlichkeit. Robert Kretzschmar unterscheidet den Verbund in diesem Sinne vom Netzwerk.¹³³ Die Organisatoren eines Überlieferungsverbundes – in der Regel wohl größere Staatsarchive oder archivpflegerische Institutionen – müssen Verantwortliche benennen und mit möglichen ständigen Verbundpartnern (z.B. Kirchen-, Wirtschafts- und Kommunalarchiven) Kriterien festlegen und Themenfelder abstecken, auf die sich die Aktivitäten der ÜiV konzentrieren sollen. Institutionell ließe sich das beispielsweise in einer Art Regionalkonferenz des VdA-Arbeitskreises Archivische Bewertung denken, die sich in Baden-Württemberg etwa aus den bislang existierenden Gremien zur (zunächst noch rein behördlichen) horizontalen und vertikalen Bewertung entwickeln könnte.

Es sollte also doch so etwas wie einen Dokumentationsplan geben, in dem transparent gemacht wird, welchen Bereichen man sich mit verstärkter Aufmerksamkeit widmen will. Bislang wurden solche Bemühungen noch eher vom Zufall gesteuert¹³⁴ – und das ist für erste Projekte, in denen man Erfahrungen sammelt, auch gut so. Eine gewisse Verbindlichkeit der Planung kann die Archive aber davor bewahren, sich zu verzetteln, und helfen, die Aktivitäten den zur Verfügung stehenden Ressourcen anzupassen.

4.3 Identifikation von Schriftgutproduzenten

In einem nächsten Schritt müssten potentielle Produzenten von Schriftgut und ggf. anderer Überlieferung¹³⁵ identifiziert werden. Das gehört sicher zu den aufwändigsten Tätigkeiten bei der ÜiV.

Zunächst einmal ist dabei die Klärung der diachronen Entwicklung von Zuständigkeiten erforderlich. Verwaltungsgeschichte ist auch die Geschichte von Verwaltungsreformen. Zuständigkeiten haben sich deshalb, wie beschrieben, immer wieder horizontal und vertikal verschoben. Aufgabe eines jeden Archivs sollte es grundsätzlich sein, für seinen Sprengel eine Art Zuständigkeitskataster anzulegen und zu pflegen, um einen Überblick über bestimmte Verantwortlichkeiten zu bestimmten Zeitpunkten gewinnen zu können.¹³⁶ Ist die diachrone Zuständigkeit geklärt, muss sich der Blick synchron auf die Vielfalt von Tätigkeiten auf einem bestimmten Gebiet weiten.

Auch hier empfiehlt es sich, eine Datenbank entsprechender Akteure anzulegen und zu pflegen (Kontaktdaten, Tätigkeiten, Organisationsformen usw.). Das erfordert wieder einen hohen Aufwand, kann aber von den Verbundpartnern auch gemeinsam gestaltet werden.

¹³² Zu Standards vgl. Bischoff/Schäfer 2006: 177ff. und <http://www.loc.gov/ead/>.

¹³³ Vgl. Kretzschmar 1998: 67.

¹³⁴ So kam der Anstoß für die geplante Bearbeitung des Bereichs „Sport“ in Form einer Konferenz von außen.

¹³⁵ Die Beteiligung von Museen und Bibliotheken an der Überlieferungsbildung ist im Prinzip wünschenswert.

¹³⁶ Im Rahmen meiner praktischen Ausbildung im HStAS habe ich Ende 2004 versucht, eine entsprechende erste Datensammlung für die Ministerialebene in Baden-Württemberg zu entwickeln. Eine solche Datenbank kann auch für die rein behördliche Bewertung und Abgrenzung der Bestände äußerst nützlich sein.

Zu den wichtigsten Hilfsmitteln gehören allgemeine Verbands- und Vereinsregister,¹³⁷ spezielle Verbands- und Vereinsregister, die nicht selten bei den zuständigen Behörden¹³⁸ geführt werden, ggf. auch spezielle Publikationen, Adressverzeichnisse und – ganz besonders im Bereich privater Sammlungen und Nachlässe – der Kontakt zu Kennern der „Szene“.

Eine umfassende Erfassung von Registraturen und Archivbeständen, wie sie in den anfangs genannten Publikationen (Parisius/Pult 1992; Beer 1994b) vorliegt, sollte nicht angestrebt werden. Solche Bemühungen sind für die Aufarbeitung eines Themenfeldes sowohl in der Überlieferungsbildung als auch in der Nutzung von unschätzbarem Wert. Für die ÜiV taugen sie aber nur bedingt, wenn sie sich auf öffentliche Archive beschränken. Zudem sind sie für den archivischen Alltag zu aufwändig und zu teuer; lassen sich dafür aber Drittmittel einwerben, kann man sich so ein mächtiges Werkzeug verschaffen.

4.4 Identifikation beteiligter Archive und Dokumentationsstellen

Hat man ein Tätigkeitsfeld bestimmt, muss geklärt werden, welche Akteure in einem Verbund welche Rollen spielen können. Den staatlichen Archiven würde dabei stets eine große Bedeutung zukommen. Man kann nicht sämtliche Kommunalarchive aktiv in die Verbundarbeit einbinden; sie sollten aber informiert und eingeladen werden. Zu den Kriterien für eine entsprechende Auswahl könnten gehören: Erfahrungen auf einem Gebiet, eigene Aktivitäten, Ressourcen, Aufarbeitung in der Forschung, lokale Besonderheiten, Überlieferungsstruktur und schließlich die persönliche Interessenlage und Vorkenntnis der jeweiligen Mitarbeiter.

Das können öffentliche Archive ebenso sein wie private archivische Initiativen und Dokumentationsstellen. Im Bereich des Sports in Baden-Württemberg böte sich an, die Federführung für die nicht-behördliche Überlieferungsbildung in die Hände des Instituts für Sportgeschichte Maulbronn sowie – exemplarisch für den kommunalen Bereich – des Instituts für Stadtgeschichte Karlsruhe zu legen, wo derzeit ein entsprechendes Projekt im Gange ist.¹³⁹ Für den Bereich der Vertriebenen könnte man beispielsweise an das Stadtarchiv Filderstadt denken, da es zu Filderstadt bereits eine auf lokalen Quellen beruhende detaillierte Studie gibt, oder das Stadtarchiv Böblingen angesichts der intensiven Patenschaftsbeziehungen der Stadt. Für die Arbeitsmigranten käme zukünftig angesichts des genannten Ausstellungs- und Publikationsprojekt vielleicht das Stadtarchiv Reutlingen in Frage.

Kirchen-, Wirtschafts-, Parlaments- und Medienarchive wären je nach Betroffenheit (die wohl meist gegeben wäre) zur Mitarbeit aufzufordern. Auch hier ließen sich Schwerpunkte bilden.¹⁴⁰ Ganz zentral, aber auch aufwändig, ist schließlich die Identifikation von bereichsspezifischen Archiven und Dokumentationsstellen, wie sie oben schon vorgestellt wurden.

Im Kern geht es darum, besonders potente Verbundpartner zu identifizieren. Zu den Merkmalen einer solchen Potenz könnten zählen: eine mittel- bzw. langfristig solide Ressourcenbasis und Kontinuität, Aktivität auf einem bestimmten Gebiet, Kontextkenntnis und Networking. Im Bereich der Vertriebenen würden sich in Baden-Württemberg vor allem das IDGL, das Johannes-Künzig-Institut und ggf. das Siebenbürgen-Institut anbieten. Diese Einrichtungen sind staatlich finanziert, auf einer (noch) soliden Rechtsgrundlage,¹⁴¹ sie werden hauptamtlich betreut, haben Erfahrung mit archivischer Arbeit (wenn auch meist ohne fachliche Ausbildung) und verfügen über eine ausgezeichnete Sachkenntnis.¹⁴²

Gute Kenntnis der „Szene“ erleichtert den Zugang zu interessanten Beständen und Nachlässen ungenutzt und kann die Hemmungen gegenüber (fremden) staatlichen Archiven unwirksam machen. Do-

¹³⁷ So führen Kommunen z.B. oft Verzeichnisse von Migrantenvereinen.

¹³⁸ Hier etwa dem Innenministerium oder dem Migrationsbeauftragten bzw. Integrationsbeauftragten der Landesregierung.

¹³⁹ Vgl. <http://www.karlsruhe.de/kultur/stadtgeschichte/stadtarchiv/sportgeschichte>.

¹⁴⁰ Angesichts der archivischen Bemühungen um das Thema und des stärker betroffenen Sprengels käme wohl eher das Diözesanarchiv Rottenburg als das Erzbischöfliche Archiv Freiburg für das Thema „Heimatvertriebene“ in Frage.

¹⁴¹ Selbst bei Auflösung der dem Innenministerium unterstehenden Institute wäre das Landesarchiv für eine Übernahme zuständig, so dass die Überlieferung also nicht verloren wäre.

¹⁴² Im Bereich der Arbeitsmigranten ist die Sache nicht ganz so einfach; staatliche oder staatlich finanzierte Akteure, die sich so gut eignen würden, findet man hier kaum. Immerhin bietet sich das – allerdings finanziell heikle – DOMiD angesichts seiner einzigartigen Aktivität und seines hervorragenden Netzwerks als Partner an, zumal es immerhin eine kritische Masse an Größe und Aufmerksamkeit zu erreichen scheint.

kumentationsstellen aus dem Vertriebenenbereich haben sicher weniger Mühe, potentielle Nachlassgeber zur Kooperation zu bewegen.¹⁴³ Außerdem lassen sich nur so interessante Personennachlässe aufspüren.

Um Synergieeffekte zu nutzen, müssen innerhalb eines Verbunds bestimmte Verantwortlichkeiten verteilt werden. Idealerweise kann dabei jeder Verbundpartner seine Kernkompetenz einbringen. Bei der ÜiV zu Vertriebenen könnte das etwa so aussehen:

Jedes öffentliche Archiv kümmert sich um seinen Sprengel – zunächst vor allem bei der behördlichen Überlieferung; bei der nichtbehördlichen nur insoweit, als es sich direkt ergänzend auf den Sprengel bezieht. Der BdV-Landesverband hat seinen Platz schon im HStAS und der Kreisverband Reutlingen im dortigen Kreisarchiv. So etwas sollte auch aktiv eingeworben werden.¹⁴⁴ Ansonsten sollten die öffentlichen Archive hier Zurückhaltung üben.¹⁴⁵ Die Überlieferung von Verbänden, Landsmannschaften und Privatpersonen sollte in die Verantwortlichkeit der Dokumentationsstellen fallen,¹⁴⁶ denn nur hier ist das entsprechende Netzwerk und das Vertrauen auch von Seiten der Schriftgutbildner bereits vorhanden. Im Gegensatz müsste das LA BW die genannten Einrichtungen archivpflegerisch unterstützen und anleiten. Es ist zum Beispiel auf Dauer kein haltbarer Zustand, dass das IDGL archivisch noch stets auf dem Bibliotheksprogramm LARS verzeichnet, die so entstehenden Daten kaum mehr migrieren kann (vom Einbringen in einen Verbund ganz zu schweigen) und sich deshalb zur Zeit mit Karteikarten begnügt. Hier täte archivische und technische Unterstützung not.¹⁴⁷

4.5 Archivpflege

Damit komme ich zu einem weiteren wichtigen Schritt. Wenn öffentliche Archive sich die Kompetenz von Verbundpartnern zu eigen machen wollen, müssen sie diese Partner auch mit ihren eigenen Kompetenzen unterstützen. Und die liegen – bei hauptamtlich und archivfachlich besetzten Archiven – eben vor allem in ihrem archivischen Know-how. Um das zu vermitteln, wäre der Aufbau archivpflegerischer Strukturen ein großer Gewinn. Das kann im Rahmen besonderer Einrichtungen wie in Nordrhein-Westfalen erfolgen, aber auch innerhalb eines Landesarchivs ließe sich eine entsprechende Stelle auf- bzw. ausbauen. An entsprechender Beratung und Schulung besteht ein großer Bedarf. Das zeigte sich in den von mir geführten Gesprächen ebenso wie bei einem 1988-1989 vom Nordostdeutschen Kulturwerk veranstalteten Projekt mit der Herausgabe einer archivischen Anleitung und einer Tagungsreihe für die Betreuer archivischer Vertriebenen-Sammlungen, bei der staatliche Archivare leider nur Gaststatus hatten.¹⁴⁸ Für viele freie Archive, die oft permanent um ihre Existenz kämpfen (wie das Archiv Soziale Bewegungen in Freiburg oder das Frauenarchiv BAF in Tübingen), wäre es mitunter schon hilfreich, sie auf Initiative und (Zeit-)Kosten des Landesarchivs in Archivportale zu integrieren, denn schon der dafür zu betreibende Aufwand übersteigt die Ressourcen mancher Einrichtung.

4.6 Kontakt zur Forschung

Eine weitere Voraussetzung für die ÜiV ist der enge Kontakt zur Forschung. Auf ihn sind öffentliche Archive auch für die behördliche Überlieferung angewiesen, wenn sie bei der Bewertung nicht nur formale Kriterien anwenden wollen.¹⁴⁹ Für die nichtbehördliche Überlieferung gilt das erst recht. Die

¹⁴³ Entsprechende Aussagen trafen auch Arnd Kolb (SWR) und Nina Matuszewski (DOMiD). Vgl. auch Becker 2001: 12.

¹⁴⁴ Vgl. z.B. Boden 2006: 15: „Überlieferungsbildung muß *vom Archiv* gesteuert werden. Dieser Grundsatz sollte auch für Archivgut nichtstaatlicher Provenienz gelten.“ Ähnlich auch Kretzschmar 2000.

¹⁴⁵ Das entspräche auch den „Richtlinien für die Sammlungstätigkeit in den baden-württembergischen Staatsarchiven“ (LAD BW 1996).

¹⁴⁶ Innerhalb eines Landes kann man sich dabei durchaus regional beschränken (in Baden-Württemberg etwa auf Donauschwaben bzw. Südosteuropa) und entsprechend andere Länder einbeziehen.

¹⁴⁷ So auch die Aussage des Archivleiters Dr. Beer.

¹⁴⁸ Vgl. Rexheuser 1991: 20ff.

¹⁴⁹ Vgl. z.B. Kretzschmar 2000. Das heißt nicht, dass man die Bewertung (nur) von aktuellen zeithistorischen Forschungsfragen abhängig machen sollte.

intime Kenntnis eines bestimmten Umfelds ermöglicht die Identifikation wichtiger Überlieferung, auf die man sonst nicht ohne weiteres stößt.¹⁵⁰

Das heißt nicht, dass sich die Archive von der Forschung in ihrer Bewertungskompetenz einschränken lassen sollten. Eine institutionalisierte Beteiligung der Forschung, wie sie im niederländischen PIVOT-Modell vorgesehen ist, würde den erheblichen organisatorischen Aufwand nicht lohnen und wäre auch archivrechtlich bedenklich. Sehr zu begrüßen sind aber Kolloquien und Tagungen zum Austausch zwischen Archiven und Forschung, wie sie das LA BW nun schon wiederholt organisiert hat.¹⁵¹ Dabei wäre es in beiderseitigem Interesse, in Zukunft noch mehr darauf zu achten, dass beide Seiten ihre Aufmerksamkeit stärker auf Quellenkunde und Überlieferungsbildung richten.¹⁵²

Es wäre zu begrüßen, in Zukunft auf jedem Historikertag mit einer entsprechenden Sektion vertreten zu sein – ggf. im Turnus von unterschiedlichen Archivverwaltungen organisiert. Spiegelbildlich ließen sich auch auf den Archivtagen, ggf. auch auf regionalen Archivtagen, solche Veranstaltungen organisieren. Sehr hilfreich können auch Expertendatenbanken und Forschungsnetzwerke sein, wie sie für den Bereich der Migrationsforschung bereits existieren.¹⁵³ Solche Ressourcen müssen auch von den Archiven genutzt werden.

4.7 Projektorientiertes Arbeiten

Die bisher entwickelten Schritte haben verdeutlicht, dass ÜiV ein hocheffektives Mittel der Überlieferungsbildung sein kann und zu einer „runderen“ Überlieferung führt als die klassischen Methoden. So effizient ist sie aber nicht, dass sie als echte Sparmaßnahme durchgehen kann. Zwar sind hier und da Einspareffekte im Sinne delegierter Überlieferungsbildung oder knapperer behördlicher Übernahmen zu erwarten, doch erfordert das Agieren im Verbund einen beträchtlichen organisatorischen Aufwand.

Um den Ressourceneinsatz einigermaßen unter Kontrolle zu halten, werden die Archive gehalten sein, verstärkt auf Projektbasis zu arbeiten. Für die Überlieferungsbildung ergeben sich dann vor allem zwei Überlegungen: Wenn passende geschichtswissenschaftliche oder archivische Projekte anstehen, etwa im Rahmen von Jubiläen, ist zu prüfen, ob sich dabei für die Überlieferungsbildung Mitnahmeeffekte ergeben könnten. So könnte sich das Stadtarchiv Reutlingen bemühen, das oben beschriebene Zuwanderer-Projekt neben der angestrebten Publikation auch für die Überlieferungsbildung fruchtbar zu machen, schon alleine, indem es sich im Bewusstsein der beteiligten städtischen Stellen verankert (und weitere wilde Kassationen im Migrationsreferat verhindert), aber auch, indem es die dabei entstehenden Kontakte zu Migranten und Migrantenorganisationen nutzt, um sich als potentieller Nachlassverwahrer in Erinnerung zu bringen – oder auch auf andere Interessenten wie DOMiD hinzuweisen.

Zudem halte ich den Trend für bedenklich, die Erschließung – und nur die Erschließung – immer mehr auf Drittmittelprojekte auszulagern. Gewiss wird man nicht umhin kommen, Drittmittel verstärkt einzuwerben. Aber es ist eine Überlegung wert, auch die Überlieferungsbildung dabei einzubeziehen und Verbundaktivitäten mit Projektmitteln zu bestreiten, seien es nun die Erstellung von Verbunddatenbanken, die Organisation von Symposien oder archivpflegerische Tätigkeiten. In Baden-Württemberg könnte das Landesarchiv zumindest darauf drängen, die Statuten der „Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg“ entsprechend zu ändern, um nicht nur die Erschließung bereits archivierten Materials

¹⁵⁰ So auch die Vorgehensweise von Wolfgang Kraushaar vom Hamburger Institut für Sozialforschung bei der Einwerbung des Dutschke-Nachlasses.

¹⁵¹ So zum Beispiel auf dem 46. Deutschen Historikertag 2006 in Konstanz (19.09.-22.09.2006) mit der Sektion „Geschichtsbilder der Archive / Geschichtsbilder der Wissenschaft: Dokumente und Deutungen zur Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre“ und das Symposium „1968 – Was bleibt von einer Generation?“ am 27.02.2007 in Stuttgart. In eine ähnliche Richtung geht die Sektion 2 des 77. Deutschen Archivtags 2007 in Mannheim: „Überlieferungsbildung und -sicherung für Migranten“. In Nordrhein-Westfalen hat man schon 2001 in Bochum eine ähnliche Tagung zur Zwangsarbeiter-Überlieferung veranstaltet.

¹⁵² Vgl. Mutz 2006, der – bei allem Lob – konstatiert, dass „es auch im Rahmen dieser Sektion nur bedingt gelang, aus der Binnenlogik der jeweiligen Institutionen auszurechnen. Wie eine ‚Überlieferung im Verbund‘ konkret aussehen und auch wie geschichtswissenschaftliche Expertise dabei praktisch einbezogen werden könnte, blieb weitgehend ausgeklammert.“ Einen ähnlichen Eindruck habe ich von der genannten 1968er-Tagung gehabt.

¹⁵³ Vgl. das „Netzwerk Migration in Europa“ (<http://www.network-migration.org/>) und die Expertendatenbank der Bundeszentrale für politische Bildung (<http://www.bpb.de/wissen/W144AN,0,0,Deutsch.html>).

damit bestreiten zu können. Auch der Denkmalschutz, dem die „Stiftung Kulturgut“ dient, müsste berücksichtigen, dass Kulturdenkmäler nicht immer nur schon bestehen, sondern auch permanent neu entstehen und geformt werden.

4.8 Überlieferungsbildung im Verbund als archivarische Haltung

Die oben skizzierten Schritte haben ÜiV überwiegend als recht konkretes Projekt aufgefasst. Sie kann und muss aber auch auf einer anderen Ebene ansetzen. Es handelt sich nicht nur um eine Überlieferungsmethode, sondern muss auch zur archivarischen Haltung werden. Was heißt das? Das fordert eine Weitung des Blicks – zunächst vom behördlichen Kontext auch auf inhaltliche Fragen, dann vom eigenen Archiv bzw. Archivsprengel auf dessen Einbettung in eine vielfältige Überlieferungslandschaft.¹⁵⁴

Historiker-Archivare können hier zu neuen Ehren kommen – nicht mehr so sehr als Wissenschaftler, welche die in ihrem Archiv aufbewahrten Quellen selbst auswerten, sondern als Historiker, die es gelernt haben, sich in gesellschaftliche Kontexte einzuarbeiten. Die eigentliche historische Arbeit besteht darin, historische und gesellschaftliche Prozesse zu verfolgen, institutionellen Netzwerken nachzuspüren und Überlieferungslandschaften zu vermessen.

Wenn sich Archive in Zukunft als landeskundliche Informationszentren verstehen wollen, müssen sich Archivare kundig machen, wo überall landeskundliche Information entsteht. Sie müssen das nicht alles selbst überliefern oder aufbereiten, aber sie sollten wissen, wer das tut und wie.

Wie könnte man „ÜiV als archivarische Haltung“ fördern? Zunächst im Rahmen der offenen archivwissenschaftlichen Diskussion. Dann sollten die größeren Archive zumindest erwägen, inwieweit die klassische organisatorische Trennung von staatlicher und nichtstaatlicher Überlieferungsbildung zweckmäßig ist, zumal sich archivistische Organisationen heute tendenziell zunehmend an archivischen Aufgaben orientieren.¹⁵⁵ Drittens müsste sich das auch in der archivischen Ausbildung niederschlagen. Im Sinne einer ÜiV wäre es beispielsweise zweckmäßig, die Vermittlung allgemein-historischer Inhalte zugunsten einer intimeren Kenntnis anderer informationswissenschaftlicher Berufe (Bibliothek, Dokumentation) einzuschränken. Immerhin arbeiten viele potentielle Verbundpartner eher nach bibliothekarischen und dokumentarischen als nach archivischen Grundsätzen. Archivare müssen hier kommunikationsfähig werden.

4.9 Grenzen der Überlieferungsbildung

Der letzte Schritt zu einer ÜiV ist zugleich ihr erster. Jeder, der eine solche anstrebt, muss sich ihrer Grenzen bewusst sein. ÜiV ist nicht die Krönung archivischer Tätigkeit, sondern nur eine unter vielen Methoden. Die Kenntnis des behördlichen Kontexts bleibt ein Pfund, mit dem staatliche und kommunale Archive auch bei der ÜiV wuchern können; die behördliche Überlieferung bleibt das Fundament. Auch wenn nichtöffentliche Überlieferung einbezogen wird, heißt das nicht, das dabei archivische Prinzipien über Bord geworfen werden sollen.

Auch dann muss es darum gehen, relevante Schriftgutproduzenten zu identifizieren und deren Überlieferungsbildung zu bewerten, so dass man es im Grunde mit einem vierstufigen Selektionsprozess zu tun hat: Identifikation von Themenfeldern → Identifikation bestimmter Aufgaben → Festlegung überlieferungswürdiger Schriftgutproduzenten → Bewertung der Unterlagen.

Das Sammeln im engeren Sinn sollten die Archive – von klassischem Sammlungsgut wie Fotos oder Karten abgesehen – geeigneteren Einrichtungen überlassen, Museen oder Dokumentationsstellen.¹⁵⁶ Die eigentliche Stärke der Archive besteht ja gerade in ihrer Kompetenz zur institutionellen Kontextualisierung.

¹⁵⁴ Vgl. Kretschmar 1998: 57.

¹⁵⁵ Freilich können – je nach Archiv – auch gute Gründe für eine Trennung sprechen.

¹⁵⁶ Dabei hat auch die „wilde“ Sammlung durchaus ihren Reiz für die Überlieferung; aber hier kommt man an die Grenzen dessen, wofür Archivare kompetent sind und was sie bei begrenzten Ressourcen an Aufwand rechtfertigen können.

Schließlich sollte ein Überlieferungsverbund flexibel sein und einen weiten Horizont haben – er sollte sich aber selbst beschränken und sich nicht überdehnen. Immerhin ist ein solcher Verbund ein fragiles Gebilde. Überlieferungsbildung sollte aber nachhaltig funktionieren – auch wenn ein organisatorisch fixierter Verbund nicht mehr besteht. Verbindliche Überlieferungsprinzipien sollten in ihrer Reichweite immer beschränkt bleiben. Wenn alle nach denselben Regeln überliefern, machen alle die gleichen Fehler. Erst die Pluralität der Bewertungsmethoden ermöglicht eine wirklich zukunftsfähige Überlieferungsbildung.

5 Quellen

Für alle Internet-Adressen gilt: Stand 28.03.2007. Herzlichen Dank allen Gesprächspartnern.

5.1 Gespräche und Archivbesuche

Die Aussagen der jeweiligen Gesprächspartner sind im Text nicht einzeln belegt. Sie ergeben sich aus dem Zusammenhang.

- AdsD, Bonn: Gespräch mit Hans-Holger Paul am 09.11.2006
- DOMiD, Köln: Gespräch mit Nina Matuszewski am 01.03.2007
- Erzbischöfliches Archiv Freiburg: Gespräch mit Dr. Christoph Schmider am 07.02.2007
- IDGL, Tübingen: Gespräche mit Dr. Mathias Beer am 11.12.2006, 13.03.2007 und 27.03.2007
- Institut für Sportgeschichte Maulbronn: Gespräch mit Martin Ehlers am 22.02.2007
- Institut für Stadtgeschichte Karlsruhe: e-Mail von Carola von Roth vom 27.02.2007
- Kreisarchiv Esslingen: Gespräch mit Manfred Waßner und André Kayer am 26.02.2007
- Kreisarchiv Reutlingen: Gespräch mit Irmgard Betz-Wischnath am 26.02.2007
- LA BW HStAS: Gespräche mit Dr. Albrecht Ernst am 15.02.2007 und am 14.03.2007
- LA BW HStAS: Gespräch mit Dr. Regina Keyler am 09.02.2007
- LA BW Stabsstelle, Stuttgart: Gespräch mit Dr. Clemens Rehm am 09.03.2007
- Landeskirchliches Archiv Stuttgart: Gespräch mit Dr. Hermann Ehmer am 19.02.2007
- Referat für Migrationsfragen der Stadt Reutlingen: e-Mail von Magdalena Jankowska vom 28.02.2007
- Stadtarchiv Esslingen: Gespräch mit Dr. Joachim Halbekann am 15.02.2007
- Stadtarchiv Leinfelden-Echterdingen: Gespräch mit Dr. Bernd Klagholz vom 21.03.2007
- Stadtarchiv Reutlingen: Gespräch mit Dr. Heinz-Alfred Gemeinhardt am 21.02.2007
- SWR International: Gespräch mit Arnd Kolb am 09.02.2007, e-Mail vom 15.02.2007

5.2 Verwendete Literatur

- Ahonen, Pertti: After the expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945-1990, Oxford / New York: Oxford UP, 2003.
- Antoni, M.G.M.: Ostdeutsche Museen und Sammlungen in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich, Bonn: Bundesministerium des Innern, ca. 1990.

- Baberowski, Jörg: Arbeit an der Geschichte. Vom Umgang mit den Archiven, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 51 (2003), S. 36-56.
- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung: In der Obhut Bayerns : Sudeten- und ostdeutsche Patenschaften im Freistaat Bayern, München o.J.
- Bechtold-Comforty, Beate: Alte Heimat - neue Heimat. Zur Herkunft, Vertreibung und Integration der Heimatvertriebenen in Filderstadt, Filderstadt 1991.
- Becker, Irmgard: Was ist aus kommunaler Sicht Überlieferungsbildung? Positionspapier der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag, in: Der Archivar 58 (2005), S. 87-88.
- Becker, Thomas: Die Studentenproteste der 60er Jahre. Die Sicherung ihrer archivalischen Überlieferung, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 55 (2001), S. 11-12.
- Beer, Mathias: „Baden-Württemberg ist noch nahezu unbeackert geblieben“. Literatur und Quellenlage zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945, in: Beer, Mathias (Hg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Ergebnisse des Kolloquiums vom 11. und 12. November 1993 in Tübingen, Sigmaringen: Thorbecke, 1994, S. 27-47. (= Beer 1994a)
- Beer, Mathias: Flüchtlinge und Vertriebene im deutschen Südwesten nach 1945. Eine Übersicht der Archivalien in den staatlichen und kommunalen Archiven des Landes Baden-Württemberg, Sigmaringen: Thorbecke, 1994. (= Beer 1994b)
- Beer, Mathias: Das Archiv des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde. Entstehung – Bestände – Nutzung, in: Der Archivar 51 (1998), S. 679-683.
- Beer, Mathias: Die Ostdokumentation. Zur Genesis und Methodik der größten Sammlung biographischer Zeugnisse in der Bundesrepublik, in: Kalinke, Heinke (Hg.): Brief, Erzählung, Tagebuch. Autobiographische Dokumente als Quellen zur Kultur und Geschichte der Deutschen in und aus dem östlichen Europa, Freiburg i.Br.: Johannes-Künzig-Institut, 2000, S. 23-50.
- Beer, Mathias: Verschlussache, Raubdruck, autorisierte Fassung. Aspekte der politischen Auseinandersetzung mit Flucht und Vertreibung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Cornelißen, Christoph, Holec, Roman und Pešek, Jiří (Hg.): Diktatur - Krieg - Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945, Essen: Klartext, 2005, S. 369-401.
- Bendel, Rainer und Janker, Stephan M. (Hg.): Vertriebene Katholiken - Impulse für Umbrüche in Kirche und Gesellschaft?, Münster: LIT, 2005.
- Bendel, Rainer: Aufbruch aus dem Glauben? Katholische Heimatvertriebene in den gesellschaftlichen Transformationen der Nachkriegsjahre 1945-1965, Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 2003.
- Bischoff, Frank M.: Maßstäblichkeit historischen Erinnerns. Anmerkungen zur Verbindlichkeit archivarischer Auslesetätigkeit, gestuften Archivwürdigkeit und Bewertungsdokumentation, in: Beck, Friedrich (Hg.): Archive und Gedächtnis. Festschrift für Botho Brachmann, Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg, 2005, S. 253-275.
- Bischoff, Frank M. und Schäfer, Udo: Das Angebot der Archive in der digitalen Welt. Retrokonversion, Datenaustausch und Archivportale, in: Hering, Rainer, Sarnowsky, Jürgen, Schäfer, Christoph u.a. (Hg.): Forschung in der digitalen Welt. Sicherung, Erschließung und Aufbereitung von Wissensbeständen, Hamburg: Hamburg UP, 2006, S. 169-182.

- Bode, Sabine: Die vergessene Generation. Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen, Stuttgart: Klett-Cotta, 2004.
- Boden, Ragna: Steuerung der Nachlaßübernahme in das Landesarchiv Nordrhein-Westfalen mittels Übernahmekriterien, Transferarbeit, Archivschule Marburg, 2006.
- Booms, Hans: Gesellschaftsordnung und Überlieferungsbildung. Zur Problematik archivischer Quellenbewertung, in: *Archivalische Zeitschrift* 68 (1972), S. 3-40.
- Booms, Hans: Überlieferungsbildung : Archivierung als eine soziale und politische Tätigkeit, in: Beck, Friedrich, Hempel, Wolfgang und Henning, Eckart (Hg.): *Archivistica docet : Beiträge zur Archivwissenschaft und ihres interdisziplinären Umfelds*, Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg, 1999, S. 77-89.
- Borodziej, Włodzimierz und Lemberg, Hans (Hg.): „Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“. Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven. 4 Bde., Marburg: Herder-Institut, 2000-2004.
- Braber, Rini, Poppelaars, Hans und Haart, Wim de: *De handelingen gewaardeerd. Evaluatie van het Project Invoering Verkorting OverbrenningsTermijn (PIVOT)*, Den Haag: IOO BV, 2000.
- Brandes, Detlef: *Der Weg zur Vertreibung 1938-1945. Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen*, München: Oldenbourg, 2005.
- Brunner, Reinhold: Ballast oder zentrale Archivgutkategorie? Zum Stellenwert von Sammlungsgut in kommunalen Archiven, in: Reimann, Norbert, Schaper, Uwe und Scholz, Michael (Hg.): *Sammlungen in Archiven*, Berlin / Potsdam: Landesarchiv Berlin, 2006, S. 23-41.
- Buchholz, Matthias: Überlieferungsbildung bei massenhaft gleichförmigen Einzelfallakten im Spannungsverhältnis von Bewertungsdiskussion, Repräsentativität und Nutzungsperspektive. Eine Fallstudie am Beispiel von Sozialhilfeakten der oberbergischen Gemeinde Lindlar, Köln: SH-Verlag, 2001.
- Bundeskonferenz der Kirchlichen Archive in Deutschland: *Führer durch die Bistumsarchive der Katholischen Kirche in Deutschland*, Siegburg: Schmitt, 1991.
- Bundesministerium für Vertriebene (Hg.): *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*. 8 Bde., Groß-Denkte / Wolfenbüttel: Grenzland-Druckerei, 1956-1961.
- Buschmann, Nikolaus und Carl, Horst: Zugänge zur Erfahrungsgeschichte des Krieges. Forschung, Theorie, Fragestellung, in: Buschmann, Nikolaus und Carl, Horst (Hg.): *Die Erfahrung des Krieges. Erfahrungsgeschichtliche Perspektiven von der Französischen Revolution bis zum Zweiten Weltkrieg*, Paderborn u.a.: Schöningh, 2001, S. 11-26.
- Büttner, Siegfried: Ressortprinzip und Überlieferungsbildung, in: Kahlenberg, Friedrich P. (Hg.): *Aus der Arbeit der Archive. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und zur Geschichte*. Festschrift für Hans Booms, Boppard: Boldt, 1989, S. 153-161.
- Chmielewski, Horst von und Hagelweide, Gert (Hg.): *Bestandsverzeichnis der deutschen Heimatvertriebenenpresse*, München u.a.: Saur, 1982.
- Chmielewski, Horst von (Hg.): *Die historischen Reichsgebiete und die Siedlungsgebiete der Deutschen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa in Bibliotheken der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn: Bundesminister des Innern, 1994.
- Craig, Barbara: The archivist as planner and poet. Thoughts in the larger issues of appraisal for acquisition, in: *Archivaria* 52 (2001), S. 175-183.

- D'Ambrosio, Patricia und Bretz, Ulrike: *Bewegliche Habe. Zur Ethnografie der Migration. Begleitband zur Ausstellung im Haspelturm des Schlosses Hohentübingen vom 14.2. bis 16.3.2003*, Tübingen: TVV, 2003.
- Diepen, Alice van: *Zur Entwicklung von Kriterien für den Erwerb privater Archive und Sammlungen*, in: *Archivpflege in Westfalen und Lippe* 62 (2005), S. 7-12.
- Dohms, Peter: *Staatliche Archive und nichtstaatliches Archivgut. Chancen, Grenzen und Gefahren*, in: Drüppel, Christoph J. und Rödel, Volker (Hg.): *Überlieferungssicherung in der pluralen Gesellschaft. Verhandlungen des 57. Südwestdeutschen Archivtags am 10. Mai 1997 in Aschaffenburg*, Stuttgart: Kohlhammer, 1998, S. 39-52.
- Dünzelmann, Anne: *„Gastarbeiter/innen“ in Bremen. Eine Bestandsaufnahme zur Quellenlage. Archivalien, Unterlagen, Materialien, Literatur*, Bremen: Institut für Regional- und Sozialgeschichte, 2001.
- Eberl, Immo, und Innenministerium Baden-Württemberg (Hg.): *Flucht, Vertreibung, Eingliederung. Baden-Württemberg als neue Heimat; Begleitband zur Ausstellung*, Sigmaringen: Thorbecke, 1993.
- Eberl, Immo: *Vertriebenenverbände. Entstehung, Funktion, Wandel*, in: Beer, Mathias (Hg.): *Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Ergebnisse des Kolloquiums vom 11. und 12. November 1993 in Tübingen*, Sigmaringen: Thorbecke, 1994, S. 211-233.
- Feiber, Albert A.: *Die archivalischen Bestände der deutschen Vertriebengruppen und anderer 'nichtöffentlicher' Institutionen*, in: Hoffmann, Dierk, Krauss, Marita und Schwartz, Michael (Hg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*, München: Oldenbourg, 2000, S. 427-436.
- Fendl, Elisabeth: *Der Rückgriff auf die alte Heimat als Maßstab der Integration*, in: Krauss, Karl-Peter und Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg (Hg.): *Angekommen! - Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945 bis 1995*, Filderstadt: Weinmann, 1996, S. 83-93.
- Fendl, Elisabeth (Hg.): *Zur Ikonographie des Heimwehs. Erinnerungskultur von Heimatvertriebenen*, Freiburg i.Br.: Johannes-Künzig-Institut, 2002.
- Fischer, Bettina: *Wegweiser durch die breitgefächerte Archivlandschaft Thüringens*. www.archive-in-thueringen.de, in: *Der Archivar* 60 (2007), S. 55-56.
- Grosser, Thomas: *Von der freiwilligen Solidar- zur verordneten Konfliktgemeinschaft. Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft im Spiegel neuerer zeitgeschichtlicher Untersuchungen*, in: Hoffmann, Dierk, Krauss, Marita und Schwartz, Michael (Hg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*, München: Oldenbourg, 2000, S. 65-85.
- Grosser, Thomas: *Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden (1945-1961)*, Stuttgart: Kohlhammer, 2006.
- Günther, Herbert: *Zur Übernahme fremden Archivguts durch staatliche Archive*, in: *Archivalische Zeitschrift* 79 (1996), S. 37-64.
- Hahn, Eva und Hahn, Hans-Henning: *Flucht und Vertreibung*, in: François, Etienne und Schulze, Hagen (Hg.): *Deutsche Erinnerungsorte. Eine Auswahl*, München: Beck, 2005, S. 332-350.

- Häusler, Michael: Graue Literatur als Sammlungsschwerpunkt in Archiven, in: Reimann, Norbert, Schaper, Uwe und Scholz, Michael (Hg.): Sammlungen in Archiven, Berlin / Potsdam: Landesarchiv Berlin, 2006, S. 105-116.
- Hemmerle, Rudolf: Heimat im Buch. Sudetendeutsche Heimatbücher, Ortsmonographien, Karten, Heimatzeitungen, Heimatzeitschriften, Jahrbücher und Kalender nach 1945. Eine Bibliographie, 2. Aufl., München: Sudetendeutsches Archiv, 1996.
- Herb, Ingrid: Die donauschwäbische Siedlung „Mahdach“ in Reutlingen-Ohmenhausen, Reutlingen: PH und Stadt Reutlingen, 1965.
- Hetzer, Gerhard: Die Bestände der bayerischen Landesflüchtlingsverwaltung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, in: Hoffmann, Dierk, Krauss, Marita und Schwartz, Michael (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München: Oldenbourg, 2000, S. 417-420.
- Hilberg, Raul: Die Quellen des Holocaust. Entschlüsseln und interpretieren, Frankfurt a.M.: Fischer, 2001.
- Hirsch, Helga: Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema, Hamburg: Körber-Stiftung, 2004.
- Hoffmann, Dierk, Krauss, Marita und Schwartz, Michael (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München: Oldenbourg, 2000.
- Hofmann, Andreas R.: Zwangsmigration im östlichen Mitteleuropa. Neue Forschungen zum „Jahrhundert der Vertreibungen“, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 55 (2006), S. 232-252.
- Horsman, Peter: Appraisal on wooden shoes. The Netherlands PIVOT project, in: Janus (1997)/2, S. 35-41.
- Hunn, Karin: „Nächstes Jahr kehren wir zurück...“. Die Geschichte der türkischen „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik, Göttingen: Wallstein, 2005.
- Illner, Eberhard: Sammlungen und private Archive - eine Aufgabe für kommunale Archive?, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 62 (2005), S. 41-44.
- Innenministerium Baden-Württemberg (Hg.): Baden-Württemberg und seine Patenschaften. Ostdeutsche Kulturarbeit im Land und in den Gemeinden, 2. Aufl., Stuttgart: Innenministerium Baden-Württemberg, 1987.
- Innenministerium Baden-Württemberg (Hg.): Ostdeutsche Museen und Sammlungen in Baden-Württemberg, Sigmaringen: Thorbecke, 1988.
- Janker, Stephan M.: Thesen zur Sicherung der Archive der kirchlichen Vertriebenenarbeit, in: Bendel, Rainer und Janker, Stephan M. (Hg.): Vertriebene Katholiken - Impulse für Umbrüche in Kirche und Gesellschaft?, Münster: LIT, 2005, S. 181-188.
- Jeurgens, Charles: Archive und das ethnische Gedächtnis. Die Sammlung des Kulturerbes der türkischen Immigranten in Dordrecht, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 62 (2005), S. 31-33.
- Kailer, Thomas: Meistererzählung und Leidensgeschichten. Anmerkungen zum kollektiven und personalen Gedächtnis von Flüchtlingen und Vertriebenen, in: Joergens, Bettina und Reinicke, Christian (Hg.): Archive, Familienforschung und Geschichtswissenschaft, Düsseldorf: Landesarchiv NRW, 2005, S. 237-265.

- Kessler, Wolfgang (Hg.): Ostdeutsches Kulturgut in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch der Sammlungen, Vereinigungen und Einrichtungen mit ihren Beständen, München u.a.: Saur, 1989.
- Kittel, Manfred: Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961-1982), München: Oldenbourg, 2007.
- Knappenberger-Jans, Silke: Forschungen und Quellen zur Reutlinger Stadtgeschichte in der Revolution 1848/49. Eine Dokumentation des Stadtarchivs Reutlingen, in: Reutlinger Geschichtsblätter NF 38 (1999), S. 9-429.
- Königseder, Angelika und Panzig, Christel (Hg.): Zweite Heimat. Flucht, Vertreibung und Integration Deutscher nach dem II. Weltkrieg in Sachsen-Anhalt, Lutherstadt Wittenberg: PFLUG e.V., 2004.
- Kretzschmar, Robert: Historische Gesamtdokumentation? Überlieferungsbildung im Verbund?, in: Drüppel, Christoph J. und Rödel, Volker (Hg.): Überlieferungssicherung in der pluralen Gesellschaft. Verhandlungen des 57. Südwestdeutschen Archivtags am 10. Mai 1997 in Aschaffenburg, Stuttgart: Kohlhammer, 1998, S. 53-69.
- Kretzschmar, Robert: Die „neue archivische Bewertungsdiskussion“ und ihre Fußnoten. Zur Standortbestimmung einer fast zehnjährigen Kontroverse, in: Archivalische Zeitschrift 82 (1999), S. 7-40.
- Kretzschmar, Robert: Spuren zukünftiger Vergangenheit. Archivische Überlieferungsbildung im Jahr 2000 und die Möglichkeiten einer Beteiligung der Forschung, in: Der Archivar 53 (2000), Sp. 215-222 (hier zitiert nach: <http://www.archive.nrw.de/archivar/2000-03/Aa01.htm>, deshalb ohne Spaltenangaben).
- Kretzschmar, Robert: Tabu oder Rettungsanker? Dokumentationspläne als Instrument archivischer Überlieferungsbildung, in: Der Archivar 55 (2002), S. 301-306.
- Kretzschmar, Robert: Archivwissenschaft als Historische Hilfswissenschaft. Schnittstelle zur Forschung, in: Hofmann, Norbert und Molitor, Stephan (Hg.): Archivisches Arbeiten im Umbruch, Stuttgart: Kohlhammer, 2004, S. 11-34.
- Kretzschmar, Robert: Archival Appraisal in Germany : A Decade of Theory, Strategies, and Practices, in: Archival Science 5 (2005), S. 219-238. (= Kretzschmar 2005a)
- Kretzschmar, Robert: Positionen des Arbeitskreises Archivische Bewertung im VdA – Verband deutscher Archivarinnen und Archivare zur archivischen Überlieferungsbildung. Einführung und Textabdruck, in: Der Archivar 58 (2005), S. 88-94. (= Kretzschmar 2005b)
- Kretzschmar, Robert: Handlungsebenen bei der archivischen Bewertung. Strategische Überlegungen zur Optimierung der Überlieferungsbildung, in: Archivalische Zeitschrift 88 (2006), S. 481-509. (= Kretzschmar 2006a)
- Kretzschmar, Robert: Komprimierter Pluralismus. Methodische Ansätze zur Informationsverdichtung und Integration verschiedener Perspektiven in der archivischen Überlieferungsbildung, Vortrag auf dem Deutschen Historikertag, Konstanz 2006. (= Kretzschmar 2006b)
- Kuhn, Heinrich: Sudetendeutsche Heimatsammlungen. Museen, Archive, Galerien, Bibliotheken, Heimatstuben, Privatsammlungen, 2. Aufl., München: Aufstieg, 1985.
- Kühne, Andrea: Vom Landeskommissar für das Flüchtlingswesen zum Staatskommissar für die Umsiedlung. Entstehung und Ausbau der Flüchtlingsverwaltung in Württemberg-Hohenzollern 1945-1952, in: Beer, Mathias (Hg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deut-

schen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Ergebnisse des Kolloquiums vom 11. und 12. November 1993 in Tübingen, Sigmaringen: Thorbecke, 1994, S. 111-128.

- Kühne, Andrea: Entstehung, Aufbau und Funktion der Flüchtlingsverwaltung in Württemberg-Hohenzollern 1945 - 1952. Flüchtlingspolitik im Spannungsfeld deutscher und französischer Interessen, Sigmaringen: Thorbecke, 1999.
- Laan, Medy C. van der: Interdepartementaal Plan van aanpak. Wegwerken achterstanden overdracht archieven t/m 1975, Den Haag 2005.
- Landesarchivdirektion Baden-Württemberg: Richtlinien für die Sammlungstätigkeit in den baden-württembergischen Staatsarchiven vom 19.12.1996, Stuttgart 1996.
- Lehmann, Karsten: Vereine als Medium der Integration : Zu Entwicklung und Strukturwandel von Migrantenvereinen, Berlin: Hitit, 2001.
- Looz-Corswarem, Clemens von: Zur Bedeutung der Ergänzungsdokumentation in der archivischen Überlieferungsbildung, in: Kastner, Dieter (Hg.): Fotos und Sammlungen im Archiv, Köln / Bonn: Rheinland / Habelt, 1997, S. 155-164.
- Lorenz, Hilke: Kriegskinder. Das Schicksal einer Generation, München: List, 2003.
- Lüdtke, Alf und Becker, Peter (Hg.): Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin: Akademie-Verlag, 1997.
- Matuszewski, Nina: On DOMiT, Vortrag auf dem Workshop „Cultureel Erfgoed Migranten“ (27.03.2003), Amsterdam 2003.
- Menne-Haritz, Angelika: Schlüsselbegriffe der Archivterminologie. Lehrmaterialien für das Fach Archivwissenschaft, 2. Aufl., Marburg: Archivschule, 2000 (hier zitiert nach: <http://www.staff.uni-marburg.de/~mennehar/datii/germanterms.htm>, deshalb ohne Seitenzahlen).
- Müller, Roland: Der Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen und die Anfänge der Flüchtlingsverwaltung in Württemberg-Baden, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 52 (1993), S. 353-399.
- Mutz, Matthias: Geschichtsbilder der Archive / Geschichtsbilder der Wissenschaft. Dokumente und Deutungen zur Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre, Online-Tagungsbericht: H-Soz-u-Kult, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsbericht/id=1181>, Berlin 2006.
- Neumann, Franz: Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960, Meisenheim 1968.
- Otte, Hans (Hg.): Handbuch des kirchlichen Archivwesens. Bd. 1: Die zentralen Archive in der evangelischen Kirche, Neustadt a.d.A.: Degener, 1997.
- Parisius, Bernhard und Pult, Manfred (Hg.): Quellen zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen. Ein Inventar des Schriftguts in hessischen Staats-, Kommunal-, Kirchen- und Wirtschaftsarchiven von 1945 bis 1975, Wiesbaden: Historische Kommission für Nassau, 1992.
- Reichert-Flögel, Ute: Die überregionalen Kulturstiftungen der deutschen Heimatvertriebenen, in: Sudetenland 27 (1985), S. 146-148.
- Reichert-Flögel, Ute: Ostdeutsche Patenschaften heute, Bonn: Bundesministerium des Innern, ca. 1989.

- Retterath, Hans-Werner: Das Johannes-Künzig-Institut in Freiburg/Breisgau. Eine Archiv- und Forschungseinrichtung zur Volkskunde der Deutschen in und aus dem östlichen Europa, in: Bendel, Rainer und Janker, Stephan M. (Hg.): Vertriebene Katholiken - Impulse für Umbrüche in Kirche und Gesellschaft?, Münster: LIT, 2005, S. 159-176.
- Rexheuser, Rex: Zur Arbeit des Nordostdeutschen Archivs, in: Nordostdeutsches Kulturwerk (Hg.): Archivalische Sammlungen zur Geschichte der Deutschen im Osten. Stand und Zukunft, Lüneburg: Nordostdeutsches Kulturwerk, 1991, S. 15-25.
- Rey, Manfred van: Sammeln von Amts wegen. Erfahrungen aus dem Stadtarchiv Bonn, in: Kastner, Dieter (Hg.): Fotos und Sammlungen im Archiv, Köln / Bonn: Rheinland / Habelt, 1997, S. 165-172.
- Ringsdorf, Ulrich: Die Bestände des Lastenausgleichs, in: Hoffmann, Dierk, Krauss, Marita und Schwartz, Michael (Hg.): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München: Oldenbourg, 2000, S. 421-426.
- Rudolph, Hartmut: Evangelische Kirche und Vertriebene 1945-1972. 2 Bde., Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1984-1985.
- Schäfer, Udo: Funktionen öffentlicher Stellen als Grundlage archivischer Bewertung. Zum Stand des Projekts zur vertikalen und horizontalen Bewertung in Baden-Württemberg, in: Kretzschmar, Robert (Hg.): Methoden und Ergebnisse archivübergreifender Bewertung. [Beiträge der ersten Frühjahrstagung der Fachgruppe 1: Archivare an Staatlichen Archiven im VdA - Verband Deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. am 20. März 2001 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart], Frankfurt a.M.: VdA, 2002, S. 13-21.
- Schockenhoff, Volker: Nur keine falsche Bescheidenheit. Tendenzen und Perspektiven der gegenwärtigen archivischen Bewertungsdiskussion in der Bundesrepublik, in: Beck, Friedrich, Hempel, Wolfgang und Henning, Eckart (Hg.): Archivistica docet. Beiträge zur Archivwissenschaft und ihres interdisziplinären Umfelds, Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg, 1999, S. 91-111.
- Schockenhoff, Volker: Useless Information? Archivwissenschaft und ihre Perspektiven in der Informationsgesellschaft, in: Kretzschmar, Robert (Hg.): Archive und Forschung. Referate des 73. Deutschen Archivtags 2002 in Trier, Siegburg: Schmitt, 2003, S. 105-114.
- Schönhengster Heimatbund e.V. (Hg.): Schönhengster Archiv und Heimatstube. Verzeichnis der Bestände, Göppingen: Schönhengster Heimatbund, o.J.
- Schöntag, Wilfried: Nichtstaatliches Archivgut. Gefährdungen und Möglichkeiten der Sicherung in Zeiten knapper Ressourcen, in: Kretzschmar, Robert u.a. (Hg.): Nichtstaatliche und audiovisuelle Überlieferung. Gefährdungen und Lösungswege zur Sicherung, Stuttgart: Kohlhammer, 1997, S. 25-31.
- Schöntag, Wilfried: Die Aufgaben der Staatsarchive in einer strukturierten Archivlandschaft, in: Kretzschmar, Robert (Hg.): Positionierung und Profilierung der Archive neben und mit anderen Kulturinstitutionen. Vorträge im Rahmen des 62. Südwestdeutschen Archivtags am 11. Mai 2002 in Mosbach, Stuttgart: Kohlhammer, 2003, S. 19-36.
- Schramm, Percy Ernst (Hg.): Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtsführungsstab). 1940-1945. 4 Bde., Frankfurt a.M.: Bernard & Graefe, 1961-1969.
- Schwartz, Michael: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945-1961, München: Oldenbourg, 2004.

- Spieler, Silke (Red.): Vertreibung und Vertriebungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte, Bonn: Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen, 1989.
- Stickler, Matthias: „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972, Düsseldorf: Droste, 2004.
- Teich, Gerhard (Hg.): Topographie der Osteuropa-, Südosteuropa- und DDR-Sammlungen, München/New York: Dokumentation, 1978.
- Thamer, Hans Ulrich: Die Bedeutung von nichtamtlichem Archivgut als Ergänzungs- und Parallelüberlieferung für die Forschung, in: Archivpflege in Westfalen und Lippe 62 (2005), S. 3-7.
- Tol, Jan van: Pivot. De vlegeljaren voorbij, in: Archievenblad 105 (2001)/4, S. 20-24.
- Treffeisen, Jürgen: The Development in Germany of Archival Processing – The Vertical and Horizontal Appraisal, in: Archival Science 3 (2003), S. 345-366.
- Treffeisen, Jürgen: Archivische Quellen für biographische Fragestellungen, Vortrag auf der 5. Karlsruher Tagung für Archivpädagogik des Generallandesarchivs Karlsruhe (12.03.2004), Karlsruhe 2004.
- Uhl, Bodo: Der Wandel in der archivischen Bewertungsdiskussion, in: Der Archivar 43 (1990), S. 529-538.
- Uhl, Bodo: Die Geschichte der Bewertungsdiskussion. Wann gab es neue Fragestellungen und warum?, in: Wettmann, Andrea (Hg.): Bilanz und Perspektiven archiverischer Bewertung. Beiträge eines archivwissenschaftlichen Kolloquiums, Marburg: Archivschule, 1994, S. 11-35.
- Weber, Peter K.: Dokumentationsziele lokaler Überlieferungsbildung, in: Der Archivar 54 (2001), S. 206-212 (hier zitiert nach: <http://www.archive.nrw.de/archivar/2001-03/A02.htm>, deshalb ohne Seitenzahlen).
- Weiß, Hermann: Die Organisationen der Vertriebenen und ihre Presse, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt a.M.: Fischer, 2001, S. 244-264.
- Werner, Wolfram: Quantität und Qualität moderner Sachakten. Erfahrungen aus dem Bundesarchiv, in: Der Archivar 45 (1992), S. 39-48.
- Wille, Manfred (Hg.): 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg: Block, 1997.
- Wille, Manfred: Die Vertriebenen in der SBZ, DDR. Dokumente. 3 Bde., Wiesbaden: Harrassowitz, 1996-2003.
- Winkler, York R.: Flüchtlingsorganisationen in Hessen 1945 - 1954. BHE, Flüchtlingsverbände, Landsmannschaften, Wiesbaden: Historische Kommission für Nassau, 1998.
- Zentrale Bewertungskommission der Staatlichen Archivverwaltung der DDR (Hg.): Rahmendokumentationsprofil der staatlichen Archive der DDR für den Zeitraum 1945 - 1981, Potsdam: Ministerrat der DDR u.a., 1984.

6 Abkürzungsverzeichnis

AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
BA	Bundesarchiv
BKGE	Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
BKK	Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag
DOMiD	Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V.
DOMiT	Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei
EAC	Encoded Archival Context
EAD	Encoded Archival Description
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block / Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
HStAD	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
HStAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
IDGL	Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde
IKGN	Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa
LA BW	Landesarchiv Baden-Württemberg
LA NRW	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen
LAD	Landesarchivdirektion
LKA	Landeskirchliches Archiv
PIVOT	Project Invoering Verkorting Overbrengingstermijn (Projekt für die Einführung einer Verkürzung der Überlieferungsfrist)
StAF	Staatsarchiv Freiburg
StAS	Staatsarchiv Sigmaringen
ÜiV	Überlieferungsbildung im Verbund
VdA	Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.